

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 7/1498)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 09. Juni 2023

1. Drucksache

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Nach Artikel 99 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 30 Abs. 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung hat die Landesregierung den Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplans in den Landtag einzubringen. Der Landeshaushaltsplan wird durch das Thüringer Haushaltsgesetz festgestellt.

Der Landeshaushaltsplan legt den Finanzbedarf fest, der zur Erfüllung der Aufgaben des Landes im Haushaltsjahr voraussichtlich erforderlich ist. Er bildet die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung und ermächtigt die Verwaltung, Einzahlungen anzunehmen, Ausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen.

B. Lösung

Die Landesregierung legt dem Landtag den nachstehenden Entwurf eines Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 zur Beschlussfassung vor.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Für Druck und Versand der Haushaltspläne werden für das Land Kosten in Höhe von etwa 10.800 Euro entstehen.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Finanzministerium.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 25. August 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Thüringer Gesetzes über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)"

zusammen mit dem

"Entwurf des Landeshaushaltsplans 2021 - Gesamtplan - (Haushaltsübersichten Teil I bis III)"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag.

Die gedruckten Entwürfe des Haushaltsgesetzes nebst Gesamtplan und Übersichten sowie die Einzelpläne werden dem Landtag durch das Finanzministerium unmittelbar zugestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021
(Thüringer Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-)**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1**Feststellung des Landeshaushaltsplans**

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Landeshaushaltsplan wird in Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2021 auf 11.386.297.900 Euro festgestellt.

§ 2**Kreditermächtigungen und Haushaltsausgleich**

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Kredite, die der Erneuerung der im Haushaltsjahr 2021 zu tilgenden Kredite dienen, in Höhe von 909.500.000 Euro aufzunehmen. Es wird darüber hinaus ermächtigt, Kredite vorzeitig zu tilgen, soweit dies durch Kreditkündigungen oder zur Erlangung günstigerer Kreditbedingungen erforderlich wird. Die Kreditermächtigung nach Satz 1 erhöht sich in Höhe der vorzeitig getilgten Beträge. Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, über die Ermächtigung nach Satz 1 hinaus Kredite bis zur Höhe von 500.000.000 Euro aufzunehmen, die der Erneuerung der im Haushaltsjahr 2021 zu tilgenden und im Haushaltsjahr 2020 aufgenommenen kurzfristigen Kredite dienen, soweit diese wegen ihrer kurzfristigen Aufnahme und Unvorhersehbarkeit nicht im Kreditfinanzierungsplan des Haushaltsjahres nach Teil III der Anlage enthalten sind. Über die erfolgte Kreditaufnahme nach Satz 4 unterrichtet das für Finanzen zuständige Ministerium den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags.

(2) Der Haushaltsvollzug des Haushaltsjahres ist so zu gestalten, dass das kassenmäßige Jahresergebnis hinsichtlich der tatsächlich eingegangenen Einnahmen (Ist-Einnahmen) und der tatsächlich geleisteten Ausgaben (Ist-Ausgaben) ausgeglichen ist. Zeichnet sich während des Haushaltsvollzugs des Haushaltsjahres ab, dass die Ist-Einnahmen die Ist-Ausgaben übersteigen, kann das für Finanzen zuständige Ministerium zur Herstellung des Ausgleichs von der Inanspruchnahme der Kreditermächtigung nach Absatz 1 absehen oder Mittel an eine allgemeine Haushaltsausgleichsrücklage oder an eine allgemeine Rücklage für Investitionen zuführen. Eine Kombination der Maßnahmen ist möglich. Zeichnet sich während des Haushaltsvollzugs des Haushaltsjahres ab, dass die Ist-Ausgaben die Ist-Einnahmen übersteigen, kann das für Finanzen zuständige Ministerium zur Herstellung des Ausgleichs die erforderlichen Mittel aus den nach Satz 2 gebildeten Rücklagen dem Landeshaushalt zuführen. Aus den nach Satz 2 gebildeten Rücklagen können dem Landeshaushalt auch Mittel zugeführt werden, wenn und insoweit dies erforderlich ist, um als Deckungsmittel für in Anspruch genommene Ausgabereste aus Vorjahren im Sinne des § 45 Abs. 3 Halbsatz 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) zu dienen.

(3) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, zur Verstärkung der Betriebsmittel jeweils kurzfristige Kredite (Kassenkredite) bis zur Höhe von zwölf vom Hundert des in § 1 für das Haushaltsjahr festgestellten Be-

trags aufzunehmen. Zusätzlich zu diesen Kassenkrediten darf es im Haushaltsjahr 2021 zur Deckung eines nicht vorhergesehenen Liquiditätsbedarfs Termingeschäfte mit Kreditinstituten jeweils bis zu einem Betrag von 100 Millionen Euro abschließen.

(4) Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.

(5) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, ab 1. Oktober 2021 im Vorgriff auf die Kreditermächtigung für Kredite, die der Erneuerung der im Haushaltsjahr 2022 zu tilgenden Kredite dienen, Kredite bis zur Höhe von 20 vom Hundert des in Absatz 1 Satz 1 für das Haushaltsjahr festgestellten Betrags aufzunehmen. Diese Kredite sind auf die entsprechende Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(6) Die in § 18 Abs. 7 ThürLHO dem für Finanzen zuständigen Ministerium erteilte Ermächtigung wird dahin gehend begrenzt, dass das Nominalvolumen aller ergänzenden Verträge 50 vom Hundert der Kreditmarktschulden am Ende des jeweils vorangegangenen Haushaltsjahres nicht übersteigen darf.

§ 3

Deckungsfähigkeit

(1) Über die Regelungen des § 20 Abs. 1 Nr. 1 ThürLHO hinaus sind gegenseitig deckungsfähig:

1. innerhalb eines Einzelplans jeweils die Ausgaben der Hauptgruppe 4 mit Ausnahme der Titel der Obergruppe 41 des Kapitels 01 01 untereinander und mit den Ausgaben der Titel der Gruppen 511, 525 und 527,
 2. innerhalb eines Kapitels jeweils die Ausgaben der Hauptgruppe 5 mit Ausnahme der Titel der Gruppe 529.
- Sofern Ausgabeansätze in Titelgruppen nach Satz 1 mit Deckungsmitteln verstärkt werden, stehen sie zur Deckung innerhalb der Titelgruppe nicht mehr zur Verfügung. Ausgabeansätze, die innerhalb der Titelgruppe durch Deckungsmittel verstärkt werden, stehen zur Deckung nach Satz 1 außerhalb der Titelgruppe nicht zur Verfügung.

(2) Die Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 der Kapitel 18 01 bis 18 25 sind gegenseitig deckungsfähig. Die festgesetzten Gesamtausgaben der jeweiligen Baumaßnahme sind grundsätzlich verbindlich. Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 der Kapitel 18 01 bis 18 25 sind gegenseitig deckungsfähig.

(3) Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 der Kapitel 16 02 bis 16 20 sind gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgaben der Hauptgruppe 8 der Kapitel 16 02 bis 16 20 sind gegenseitig deckungsfähig.

(4) Innerhalb eines Kapitels sind die Ausgaben bei den Titeln der Gruppe 811 zugunsten von Titeln der Gruppe 518 einseitig deckungsfähig.

(5) Die Deckungsfähigkeit setzt voraus, dass zwischen den jeweiligen Ausgaben oder den jeweiligen Verpflichtungsermächtigungen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsa-

me Verwendung gefördert wird. Die Deckungsfähigkeit ist ausgeschlossen, wenn ein Titel oder eine Verpflichtungsermächtigung einer Verfügungsbeschränkung unterliegt.

§ 4

Zweckgebundene Rücklagen

(1) Einnahmen, die aufgrund der bindenden Vorgabe eines Dritten mit einer besonderen Zweckbestimmung versehen sind, werden zweckgebundenen Rücklagen zugeführt, sofern im Haushaltsjahr entsprechende Ausgaben nicht oder nicht in voller Höhe zur Erfüllung der Zweckbindung getätigt werden können.

(2) Die Entnahme aus den Rücklagen erfolgt,

1. wenn und insoweit dies erforderlich ist, um als Deckungsmittel für in Anspruch genommene Ausgaberesultate aus Vorjahren im Sinne des § 45 Abs. 3 Halbsatz 2 ThürLHO zu dienen,
2. wenn und insoweit dies erforderlich ist, um als Deckungsmittel für eine Rückzahlung einer zweckgebundenen Einnahme zu dienen oder
3. sofern Ausgaben nach den Nummern 1 und 2 dauerhaft nicht geleistet werden.

(3) Zuführungen zu und Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen in diesem Sinne bedürfen der Einwilligung des für Finanzen zuständigen Ministeriums.

§ 4 a

Entnahme aus dem Thüringer Pensionsfonds

Aus dem Sondervermögen "Thüringer Pensionsfonds" können 145.000.000 Euro dem Landeshaushalt zugeführt werden. Die entnommenen Mittel dienen zur Deckung der Versorgungsaufwendungen.

§ 5

Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Finanzierungen

(1) Bei Investitionsvorhaben ist durch Kosten-Nutzen-Untersuchungen, Markterkundungsverfahren oder dynamische Wirtschaftlichkeitsberechnungen die wirtschaftlichste Form der Errichtung, Finanzierung und Betreibung festzustellen und durchzuführen. Die Investitionsvorhaben sind durch Erfolgskontrollen zu begleiten und abzuschließen. Beim Vergleich herkömmlicher Finanzierungsarten mit alternativen Finanzierungsmodellen sind neben den direkten geldlichen und unmittelbar messbaren Größen auch gesamtwirtschaftliche Faktoren zu berücksichtigen.

(2) Bei Bauinvestitionen kann das für Finanzen zuständige Ministerium mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags nach Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach Absatz 1 abweichend von den im Landeshaushaltsplan ausgebrachten Ausgabeansätzen und Verpflichtungsermächtigungen rechtliche Verpflichtungen für Projekte mit alternativen Finanzierungsformen zulassen.

§ 6

Über- und außerplanmäßige Ausgaben
und Verpflichtungsermächtigungen

(1) Der Betrag nach § 37 Abs. 1 Satz 4 ThürLHO wird auf 4 Millionen Euro festgesetzt.

(2) Der Betrag für die nach § 37 Abs. 4 Halbsatz 1 ThürLHO dem Landtag vierteljährlich mitzuteilenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird auf 50.000 Euro festgesetzt.

(3) Für über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen (§ 38 Abs. 1 Satz 2 ThürLHO) gilt Absatz 1 entsprechend, wenn ein Jahresbetrag einer Verpflichtungsermächtigung den Betrag von vier Millionen Euro überschreitet.

§ 7

Personalwirtschaftliche Regelungen

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, haushaltsmäßige Bestimmungen zu treffen, die aufgrund gesetzlicher Änderungen oder Änderungen im Tarifvertragsrecht erforderlich sind, insbesondere die Stellenpläne und Stellenübersichten zu ergänzen.

(2) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Planstellen oder Stellen zu schaffen oder umzuwandeln, soweit und solange hierfür Mittel von dritter Stelle zur Verfügung gestellt werden.

(3) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, für bislang außerhalb des Stellenplans geführte Landesbedienstete oder Bedienstete von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, soweit diese bisher aus dem Landeshaushalt finanziert werden, die Stellenpläne und Stellenübersichten zu ergänzen, soweit dies im Zusammenhang mit organisatorischen Maßnahmen steht und eine sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung sichergestellt ist.

(4) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die Stellenpläne und Stellenübersichten zu ergänzen sowie Ausgabeermächtigungen auszubringen, soweit dies im Zusammenhang mit der Übernahme von Aufgaben von der GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH im Rahmen einer organisatorischen Maßnahme steht, die sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung sichergestellt ist und die Ausgaben im Rahmen der bisher für die Aufgabenwahrnehmung durch die GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH veranschlagten Ausgaben gedeckt werden können.

(5) Eine Planstelle oder Stelle, die einen kw-Vermerk ohne Datumsangabe trägt, darf bei Freiwerden nicht wieder besetzt werden und fällt mit der Aufstellung des nächsten Haushaltsplans weg. Sind mehrere Planstellen oder Stellen der gleichen Wertigkeit vorhanden, darf die nächste frei werdende Planstelle oder Stelle dieser Wertigkeit nicht wieder besetzt werden und fällt mit dem nächsten Haushalt weg.

(6) Ausgaben für Abfindungen im Fall des freiwilligen Ausscheidens von Beamten und Arbeitnehmern im Rahmen der Umsetzung von Maßnahmen der Personaleinsparung können aus den vorhandenen Haushaltsansätzen für laufende Personalausgaben (Besoldung und Entgelt) geleistet werden, wenn nach Umsetzung der konkreten Maßnahmen Stellen oder Planstellen in Abgang gestellt werden.

§ 8

Leerstellen, Abordnungen

(1) Mit Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums kann bei einem unabweisbaren und vordringlichen Personalbedarf eine Leerstelle in der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten ausgebracht werden, wenn

1. ein Beamter mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde bei vollständiger Erstattung der Dienstbezüge von einem anderen Dienstherrn mindestens sechs Monate zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet wird,
2. ein Beamter mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde unter Wegfall der Dienstbezüge mindestens sechs Monate nach § 67 Abs. 1 des Thüringer Beamtengesetzes (ThürBG) vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472) in der jeweils geltenden Fassung beurlaubt wird,
3. die Rechte und Pflichten eines Beamten zur Ausübung eines Mandats in einer gesetzgebenden Körperschaft ruhen,
4. ein Beamter für mindestens sechs Monate nach § 68 Abs. 1 ThürBG ohne Dienstbezüge beurlaubt wird.

Satz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für den Fall der Zuweisung eines Beamten nach § 20 des Beamtenstatusgesetzes. Die Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums kann über das laufende Haushaltsjahr hinaus bis zur Beendigung der der jeweiligen Ausbringung der Leerstelle zugrunde liegenden Maßnahme erteilt werden. Spätestens mit Beendigung der der jeweiligen Ausbringung der Leerstelle zugrunde liegenden Maßnahme entfällt die Leerstelle. Für bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes ausgebrachte Leerstellen gilt die Zustimmung bis zum Ende der der jeweiligen Ausbringung zugrunde liegenden Maßnahme als erteilt. Es ist durch die stellenbewirtschaftende Stelle sicherzustellen, dass zum Zeitpunkt des Wegfalls der Leerstelle eine entsprechende besetzbare Planstelle zur Verfügung steht.

(2) Für einen Beamten, der für mindestens sechs Monate nach § 17 der Thüringer Urlaubsverordnung vom 29. November 2016 (GVBl. S. 574) in der jeweils geltenden Fassung Elternzeit in Anspruch nimmt, gilt während der Beurlaubung eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe als ausgebracht, soweit die entsprechende Planstelle innerhalb des Beurlaubungszeitraums aufgrund eines unabweisbaren und vordringlichen Personalbedarfs anderweitig besetzt werden soll. Die Ausbringung einer Leerstelle ist abweichend von Satz 1 von der Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums abhängig, wenn der Beamte ein Amt innehat, das der Besoldungsgruppe A 16 oder der Besoldungsgruppe B 2 oder höher zugeordnet ist. Absatz 1 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend.

(3) Soll in den Fällen des Absatzes 1 oder 2 der Beamte während der Zeit der Beurlaubung oder der Abordnung befördert werden, so kann das für Finanzen zuständige Ministerium die für den Beamten ausgebrachte Leerstelle heben.

(4) Für einen Beamten, der zur Ableistung eines Teils der Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet wird, sind die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung von der abordnenden Verwaltung weiterzuzahlen.

(5) Mit Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums können bei einem unabweisbaren und vordringlichen Personalbedarf entsprechende Leerstellen ausgebracht werden, wenn Arbeitnehmer mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch mindestens sechs Monate aufgrund einer Erkrankung arbeitsunfähig sind (Langzeiterkrankung) und keine Ansprüche gegen das Land auf ein Entgelt im Krankheitsfall bestehen. Satz 1 gilt auch für den Fall, dass Arbeitnehmer aufgrund einer Erkrankung arbeitsunfähig sind und noch für mindestens sechs Monate eine volle oder teilweise Erwerbsminderungsrente als Rente auf Zeit beziehen und die Arbeitsverhältnisse nach § 33 Abs. 2 Satz 5 und 6 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder vom 12. Oktober 2006 (StAnz. 2007 Nr. 21 S. 883) in der jeweils geltenden Fassung ruhen. Absatz 1 Satz 3 bis 6 gilt entsprechend.

(6) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Richter und Arbeitnehmer. Die Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums nach Absatz 2 Satz 2 ist ab der Besoldungsgruppe R 2 erforderlich.

§ 9

Sperran

(1) Über die Bestimmungen des § 41 ThürLHO hinaus darf das für Finanzen zuständige Ministerium Ausgaben sperren, wenn und soweit hierfür unvorhergesehen von anderer Seite Zuwendungen bereitgestellt werden.

(2) Bei Haushaltsmitteln, die eine Leistung von Dritten vorsehen, gelten der Ansatz und die Verpflichtungsermächtigungen in demselben Verhältnis als gesperrt, in dem der Dritte seine Leistung mindert. Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die Vorfinanzierung der Maßnahmen, für die die Leistung von Dritten vorgesehen ist, zuzulassen.

§ 10

Besondere Buchungsbestimmungen

(1) Titelverwechslungen dürfen nur berichtigt werden, solange die Bücher der Kassen noch nicht abgeschlossen sind. Bei Unrichtigkeit einer Zahlung, bei Doppelzahlungen oder bei Überzahlung darf die Rückzahlung von der Ausgabe abgesetzt werden, wenn die Bücher der Kasse noch nicht abgeschlossen sind.

(2) Die Rückzahlung zu viel erhobener Einnahmen kann aus dem jeweiligen Einnahmetitel geleistet werden und ist dann bei dem betreffenden Einnahmetitel abzusetzen.

(3) Folgende Ausgaben sind von den Einnahmen abzusetzen, solange die Bücher der Kasse noch nicht abgeschlossen sind:

1. Nebenkosten im Zusammenhang mit Veräußerungsgeschäften,
2. Nebenkosten im Zusammenhang mit Erbschaften des Landes.

Als Nebenkosten nach Satz 1 Nr. 1 gelten insbesondere die Kosten für die Versteigerung, die Vermessung, die Schätzung, die Beurkundung, den Transport und die Versicherung. Die Kosten der Herrichtung des zu veräußern- den Gegenstands gelten nur als Nebenkosten, solange sie im Einzelfall den Betrag von 500 Euro nicht übersteigen.

(4) Personalkostenerstattungen und die Rückzahlung zu viel geleisteter Personalausgaben sind beim jeweiligen Ausgabetitel abzusetzen.

(5) Folgende Einnahmen fließen den Ausgaben bei folgenden Titeln, einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen, zu:

1. Titeln der Gruppen 511 und 518
aus der Veräußerung von ausgesondertem Schriftgut, aus der privaten Anfertigung von Fotokopien sowie aus der privaten Inanspruchnahme elektronischer Fachin- formationszentren,
2. Titeln der Gruppe 511
aus der privaten Inanspruchnahme von Diensthandys und aus Erstattungen,
3. Titeln der Gruppe 514
aus Schadensersatzleistungen Dritter insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Ab- gabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Be- darfsträger,
4. Titeln der Gruppe 517
aus der Erstattung von Betriebskosten (beispielswei- se Heiz- und Stromkosten, Wassergeld),
5. Titeln der Gruppe 527
aus nachträglich gewährten Preisnachlässen und Er- stattungen.

(6) Erstattungen aus einem Überschuss aus einer Um- satzsteuervoranmeldung oder Umsatzsteuererklärung sind beim jeweiligen Ausgabetitel 542, der der Abführung der Umsatzsteuer an das jeweilige Finanzamt dient, ab- zusetzen.

(7) Die Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres einge- hende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zu Gunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht werden.

(8) Innerhalb eines Kapitels dienen Einnahmen aufgrund der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung vom 28. März 1988 (BGBl. I S. 484) in der jeweils geltenden Fassung und Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit für die von ihr zugewiesenen Arbeitnehmer nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch zur Verstärkung der Ausgaben bei den entsprechenden Titeln.

§ 11

Sonstige Bewirtschaftungsmaßnahmen

(1) Von verbindlichen Erläuterungen nach § 17 Abs. 1 Satz 3 ThürlHO darf nur nach Einwilligung des für Finan- zen zuständigen Ministeriums abgewichen werden, soweit nicht nach den Festlegungen im Landeshaushaltsplan das Abweichen zusätzlich von der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags abhängig ist.

(2) Dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags sind die Haushalts- oder Wirtschaftspläne von Stellen außerhalb der Landesverwaltung, die Zuwendungen im Sinne des § 23 ThürLHO zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (institutionelle Förderung), zuzuleiten, soweit sie nicht bereits dem Entwurf des Landeshaushalts nach § 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ThürLHO beigelegt worden sind.

(3) Für Maßnahmen im Bereich der Fonds der Europäischen Union können Mehrausgaben geleistet oder Verpflichtungen eingegangen werden, soweit hierfür im Haushaltsjahr Mittel von der Europäischen Union zur Verfügung gestellt oder verbindlich zugesagt werden. Dies gilt entsprechend für Maßnahmen in den Bereichen der Finanzhilfen des Bundes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen sowie zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen und der Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Darüber hinaus können Verpflichtungen eingegangen werden, soweit hierfür im Haushaltsjahr Mittel von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung gestellt oder verbindlich zugesagt werden.

§ 12

Besserstellungsverbot

(1) Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, dass der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Arbeitnehmer des Landes (Besserstellungsverbot). Die Zuwendungsempfänger dürfen insbesondere keine höheren Arbeitsentgelte vereinbaren, als sie für die Arbeitnehmer des Landes vorgesehen sind.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand bestritten werden und die Zuwendung des Landes mehr als 50.000 Euro beträgt. Das Besserstellungsverbot wird nur auf die in dem Projekt unmittelbar beteiligten Beschäftigten angewendet.

(3) Das für Finanzen zuständige Ministerium kann ausnahmsweise in Einzelfällen oder für Förderbereiche, insbesondere wenn der vom Land verfolgte Zweck ansonsten nicht erfüllt werden kann, Abweichungen von den Absätzen 1 und 2 zulassen.

§ 13

Überlassung und Veräußerung von Vermögensgegenständen

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium kann abweichend von § 63 Abs. 3 Satz 1 ThürLHO Folgendes zulassen:

1. Zur verbilligten Beschaffung von Bauland können landeseigene unbebaute Grundstücke unter dem vollen Wert veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass diese Grundstücke binnen angemessener Frist, die in der Regel drei Jahre nach Abschluss des Kaufvertrags

nicht übersteigen soll, zu Zwecken des sozialen Wohnungsbaus bebaut werden. Unterbleibt die Bebauung, so ist das Eigentum an dem Grundstück auf das Land zurückzuübertragen. Die hierbei anfallenden Kosten hat der Wiederverkäufer zu tragen.

2. Zur verbilligten Beschaffung von Straßenbauland können landeseigene unbebaute Grundstücke an Gemeinden und Landkreise zum Anerkennungsbetrag von einem Euro je Quadratmeter veräußert werden.
3. Zur erforderlichen Versorgung der Bevölkerung mit Einrichtungen der Gesundheit, der Rehabilitation, der Sozialhilfe, der Jugendhilfe, der Familienförderung, des Sports, der Wissenschaft und Forschung sowie der Kultur und Kunst können
 - a) landeseigene Einrichtungen nebst deren Ausstattung,
 - b) Grundstücke,
 - c) Nutzungsrechte an Grundstücken oder
 - d) sonstige VermögensgegenständeGemeinden, Landkreisen oder kommunalen Zweckverbänden sowie anerkannten gemeinnützigen Trägern unter dem vollen Wert überlassen oder an sie veräußert werden, wenn sichergestellt ist, dass der vorgesehene Zweck auf angemessene Dauer erfüllt wird. Übersteigt der Wert der Überlassung oder Veräußerung nach Satz 1 Buchst. a und d 50.000 Euro sowie in den Fällen des Satzes 1 Buchst. b und c 375.000 Euro, bedarf es der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags.
4. Hat der Bund für die im Bundeshaushaltsplan aufgeführten Zwecke dem Land Verbilligungen bei der Veräußerung oder jedweden Überlassung von bundeseigenen Grundstücken eingeräumt, so können landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke an Gebietskörperschaften für die gleichen Zwecke mit den gleichen Verbilligungen veräußert oder überlassen werden.
5. Die von staatlichen Einrichtungen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelten oder erworbenen Programme können unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht.

(2) Als erheblicher Grundstückswert im Sinne des § 64 Abs. 2 Satz 1 ThürLHO ist ein Verkehrswert von mehr als 375.000 Euro anzunehmen.

(3) Das für Finanzen zuständige Ministerium darf Vereinbarungen mit Kreditinstituten über die Pension oder Leihe der im Eigentum des Landes befindlichen Wertpapiere zur Steigerung der Erlöse aus Beteiligungen treffen.

§ 14

Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen

(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. zur Förderung des Wohnungs- und Städtebaus bis zu einem Betrag von insgesamt 70 Millionen Euro im Haushaltsjahr, auch zur Unterstützung von Maßnahmen der Energieeffizienz beziehungsweise dem Einsatz regenerativer Energien,

2. zur Förderung von Unternehmen der land- und forstwirtschaftlichen Produktion bis zu einem Betrag von insgesamt 20 Millionen Euro im Haushaltsjahr,
3. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe bis zu einem Betrag von insgesamt 500 Millionen Euro im Haushaltsjahr,
4. zur Förderung von Organisationen und Einrichtungen der Sozialwirtschaft, insbesondere zur Förderung der Gesundheit, der Rehabilitation, der Sozialhilfe, der Jugendhilfe und der Familien sowie zur Förderung von Einrichtungen des Sports, der Wissenschaft und Forschung sowie der Kultur und Kunst in gemeinnütziger Trägerschaft, an denen das Land ein erhebliches Interesse hat, bis zu einem Betrag von insgesamt 30 Millionen Euro im Haushaltsjahr,
5. zur Kreditabsicherung bei Gesellschaften, die sich in mehrheitlicher Landesbeteiligung befinden, bis zu einem Betrag von insgesamt 50 Millionen Euro im Haushaltsjahr, soweit die Absicherung nicht den Nummern 1 oder 3 zuzuordnen ist.

Die Gewährleistungsermächtigungen nach Satz 1 können mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags für Zwecke der jeweils anderen Gewährleistungsrahmen verwendet werden.

(2) Die Ministerien werden ermächtigt, Verpflichtungen zur Abdeckung möglicher Ersatzansprüche aus wechselnden Ausstellungen mit Ausstellungsstücken von privaten und öffentlichen Leihgebern aus dem Inland im Bereich der Ministerien bis zu einem Betrag von insgesamt je 60.000 Euro im Haushaltsjahr zu übernehmen. Das für Kultur zuständige Ministerium wird darüber hinaus ermächtigt, Verpflichtungen zur Abdeckung möglicher Ersatzansprüche aus wechselnden Ausstellungen mit Ausstellungsstücken von privaten und öffentlichen Leihgebern aus dem In- und Ausland bei den Kultureinrichtungen des Landes und seinen Stiftungen bis zu einem Betrag von insgesamt 200 Millionen Euro im Haushaltsjahr zu übernehmen. Das für Hochschulbibliotheken zuständige Ministerium wird darüber hinaus ermächtigt, Verpflichtungen zur Abdeckung möglicher Ersatzansprüche aus wechselnden Ausstellungen mit Ausstellungsstücken von privaten und öffentlichen Leihgebern aus dem In- und Ausland bei den Hochschulbibliotheken des Landes bis zu einem Betrag von insgesamt 200.000 Euro im Haushaltsjahr zu übernehmen. Der Präsident des Landtags wird ermächtigt, Verpflichtungen zur Abdeckung möglicher Ersatzansprüche aus wechselnden Ausstellungen mit Ausstellungsstücken von privaten und öffentlichen Leihgebern aus dem In- und Ausland im Bereich des Landtags bis zu einem Betrag von insgesamt einer Million Euro im Haushaltsjahr zu übernehmen. Auf den jeweiligen Höchstbetrag sind in Vorjahren übernommene Verpflichtungen anzurechnen, soweit das Land daraus noch in Anspruch genommen werden kann. Soweit das Land ohne Inanspruchnahme von seiner Verpflichtung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Verpflichtungen auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(3) Das für Umwelt zuständige Ministerium wird ermächtigt, Freistellungen von der Verantwortlichkeit für ökologische Altlasten bis zur Höhe von 30 Millionen Euro im Haushaltsjahr zu erteilen.

(4) Das für Forschung zuständige Ministerium wird ermächtigt, den Bund bis zur Höhe von zwei Millionen Euro im Haushaltsjahr von Rückforderungen der Europäischen Union freizustellen, die daraus folgen, dass der Bund gegenüber der Europäischen Union eine Garantieerklärung im Sinne des Artikels 38 Nr. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung der Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1) in der am 31. Dezember 2013 geltenden Fassung für die nachfolgenden Einrichtungen

1. Institut für Bioprozess- und Analysenmesstechnik e.V.,
 2. Institut für Mikroelektronik und Mechatronik-Systeme gGmbH und
 3. Leibniz-Institut für Photonische Technologien e.V.
- abgegeben hat.

(5) Die für Europa sowie für Infrastruktur und Landesplanung zuständigen Ministerien werden jeweils ermächtigt, den Bund bis zur Höhe von einer Million Euro im Haushaltsjahr von Rückforderungen der Europäischen Union freizustellen, die daraus folgen, dass der Bund gegenüber der Europäischen Union eine Zustimmung zu den Kooperationsprogrammen und eine Bestätigung der Kofinanzierung im Sinne der Verordnung (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" (Interreg-Programm) nach deren Inkrafttreten abgeben wird.

§ 15 Fortgeltung

§ 2 Abs. 1 bis 4 und 6 sowie die §§ 3 bis 14 gelten über das Haushaltsjahr 2021 hinaus bis zum Tage des Inkrafttretens des Thüringer Haushaltsgesetzes für das Jahr 2022.

§ 16 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten für alle Geschlechter.

§ 17 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2021 in Kraft.

LANDESHAUSHALTSPLAN 2021

- Gesamtplan -

Teil I Haushaltsübersicht

- A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben
- B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne

Teil II Finanzierungsübersicht

Teil III Kreditfinanzierungsplan

Hinweis: Nach § 1 Satz 2 ThürLHO wird mit dem Haushaltsgesetz nur der Gesamtplan des Haushaltsplans verkündet. Auskunft darüber, bei welchen Stellen Einzelpläne und Anlagen des Landeshaushaltsplans eingesehen werden können, erteilt das Thüringer Finanzministerium, Ludwig-Erhard-Ring 7, 99099 Erfurt. Unter folgender Internetadresse: www.finanzen.thueringen.de steht der Haushalt 2021 zur Onlineansicht und zum Download zur Verfügung.

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil I Haushaltsübersicht 2021

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Einzelplan	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
01		116.900			116.900	41.108.000
02		2.157.800	356.600		2.514.400	33.048.800
03		35.152.800	7.807.800	36.400	42.997.000	440.649.400
04		5.517.100	21.153.500	33.792.000	60.462.600	1.421.607.100
05		110.026.400	1.230.000		111.256.400	241.168.600
06		15.032.600	3.064.000		18.096.600	173.910.200
07		15.806.400	205.082.400	304.553.300	525.442.100	17.448.400
08		19.783.200	360.281.100	24.954.900	405.019.200	50.240.200
09	15.200.000	5.940.700	384.200	1.450.000	22.974.900	60.125.900
10	600.000	38.887.400	450.164.100	170.267.900	659.919.400	167.512.500
11		9.900			9.900	8.097.200
12		500			500	407.500
16		43.000	24.949.000		24.992.000	15.612.700
17	7.184.000.000	29.102.000	1.502.672.400	787.000.000	9.502.774.400	510.225.100
18				9.721.600	9.721.600	
Summe 2021	7.199.800.000	277.576.700	2.577.145.100	1.331.776.100	11.386.297.900	3.181.161.600
Summe 2020	7.446.700.000	256.382.500	2.490.669.500	915.306.300	11.109.058.300	3.084.763.200
Vgl. zu 2020	-246.900.000	+21.194.200	+86.475.600	+416.469.800	+277.239.600	+96.398.400

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil I Haushaltsübersicht 2021

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben usw., Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
7.933.300	13.565.100		1.377.500		63.983.900	-63.867.000
15.194.500	145.971.800	365.000	35.049.200		229.629.300	-227.114.900
76.335.300	26.007.200	250.000	116.117.700		659.359.600	-616.362.600
44.178.400	420.859.500		92.162.000		1.978.807.000	-1.918.344.400
149.023.300	127.746.300	1.000.000	2.341.800	4.649.100	525.929.100	-414.672.700
17.087.600	647.300	230.000	713.200		192.588.300	-174.491.700
41.222.800	933.925.800	22.650.000	433.916.200		1.449.163.200	-923.721.100
37.088.900	549.134.200		77.250.900	36.400	713.750.600	-308.731.400
29.656.800	45.645.600	28.950.300	125.564.300	295.000	290.237.900	-267.263.000
86.633.100	555.967.700	101.716.100	317.006.100		1.228.835.500	-568.916.100
545.200	3.200				8.645.600	-8.635.700
101.000					508.500	-508.000
85.320.500	18.394.200		44.008.000		163.335.400	-138.343.400
412.054.100	2.584.049.500	250.000	182.810.700		3.689.389.400	5.813.385.000
23.762.100		107.610.700	60.761.800		192.134.600	-182.413.000
1.026.136.900	5.421.917.400	263.022.100	1.489.079.400	4.980.500	11.386.297.900	0
1.002.035.100	5.358.766.200	246.120.100	1.417.035.100	338.600	11.109.058.300	0
+24.101.800	+63.151.200	+16.902.000	+72.044.300	+4.641.900	+277.239.600	+0

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil I Haushaltsübersicht 2021

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne

Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen			
			2022	2023	2024	2025 ff.
		2021	1.000 EUR			
1	2	3	4	5	6	7
01	Thüringer Landtag					
02	Thüringer Staatskanzlei	652.565	130.704	122.262	120.330	279.270
03	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales	103.042	25.845	25.979	13.356	37.863
04	Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	282.920	94.798	89.153	72.170	26.800
05	Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	10.875	5.170	750	184	4.770
06	Thüringer Finanzministerium	42.100	3.300	3.900	4.700	30.200
07	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft	697.855	223.874	204.368	176.021	93.593
08	Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	256.025	90.265	62.490	49.780	53.490
09	Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz	167.126	91.028	52.242	20.075	3.782
10	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	1.273.084	226.695	187.169	85.431	773.788
11	Thüringer Rechnungshof					
12	Thüringer Verfassungsgerichtshof					
16	Informations- und Kommunikationstechnik	115.680	43.956	32.444	19.225	20.055
17	Allgemeine Finanzverwaltung	16.582	9.478	7.105		
18	Staatliche Hochbaumaßnahmen	105.447	78.225	26.722	500	
	Zusammen	3.723.301	1.023.337	814.583	561.772	1.323.610

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil II Finanzierungsübersicht 2021

	Betrag für 2021 EUR
1	2
Ermittlung des Finanzierungssaldos	
1. Ausgaben	11.386.297.900
abzüglich	
1.1. Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	66.443.000
1.2. Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	
1.3. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	
1.4. Haushaltstechnische Verrechnungen	331.400
Ausgaben im Finanzierungssaldo	11.319.523.500
2. Einnahmen	11.386.297.900
abzüglich	
2.1. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	
2.2. Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	790.118.000
2.3. Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	
2.4. Haushaltstechnische Verrechnungen	331.400
Einnahmen im Finanzierungssaldo	10.595.848.500
3. Finanzierungssaldo	-723.675.000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	
4. Verschuldung am Kreditmarkt	
4.1. Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	66.443.000
4.2. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	
Saldo	66.443.000
5. Rechnungsergebnisse aus Vorjahren	
5.1. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	
5.2. Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	
Saldo	
6. Rücklagenbewegung	
6.1. Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	
6.2. Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	790.118.000
Saldo	-790.118.000
7. Finanzierungssaldo (aus Nr. 4, 5 und 6)	-723.675.000

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil III Kreditfinanzierungsplan 2021

	Betrag für 2021 Mio. EUR
1	2
A. Kredite am Kreditmarkt	
I. Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt (§ 2 ThürHhG 2021 unter Berücksichtigung der geplanten Auswirkungen des Thüringer Gesetzes zur finanzpolitischen Vorsorge für die steigenden Ausgaben der Beamtenversorgung)	843,1
II. Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	909,5
III. Nettokreditaufnahme (+)/ Nettokredittilgung (-) am Kreditmarkt (Nr. I abzgl. Nr. II)	-66,4
B. Kredite im öffentlichen Bereich	
I. Einnahmen aus Krediten im öffentlichen Bereich	0,0
II. Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	0,0
III. Netto-Tilgung im öffentlichen Bereich	0,0

Begründung:**A. Allgemeines**

Mit dem von der Landesregierung in den Landtag eingebrachten Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 wird der Landeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 festgestellt.

Im Thüringer Haushaltsgesetz 2021 werden mit der Feststellung des Landeshaushaltsplans allgemeine haushaltsmäßige Regelungen verbunden, für die die Gesetzesform besser geeignet ist als die Niederlegung im Landeshaushaltsplan selbst. Die allgemeinen Regelungen der Vorjahre werden aufgrund der Haushaltslage für das Haushaltsjahr 2021 teils fortgeschrieben sowie teils weiterentwickelt und ergänzt.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu § 1 - Feststellung des Landeshaushaltsplans**

Die Bestimmung legt das Haushaltsvolumen für das Haushaltsjahr fest.

Zu § 2 - Kreditermächtigungen und Haushaltsausgleich

Nach Artikel 98 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen bedarf unter anderem die Aufnahme von Krediten einer der Höhe nach bestimmten oder bestimmbaren Ermächtigung durch Gesetz.

Zu Absatz 1

Die Kreditermächtigung in Absatz 1 dient ausschließlich der Erneuerung der im Haushaltsjahr 2021 auslaufenden Kredite, sei es, dass die Kredite vertragsmäßig auslaufen oder dass sie vorzeitig getilgt werden. Die Regelung bezieht sich auf den Haushaltsvollzug des Haushaltsjahres 2021. Es handelt sich um eine Ermächtigung zur Erneuerung der auslaufenden Kredite. Die Erneuerung ist möglich, die ermöglichte Umschuldung aber nicht zwingend. Wird die Umschuldungsmöglichkeit nicht in Anspruch genommen, bedeutet dies, dass Kredite in der entsprechenden Höhe endgültig getilgt werden. Die Entscheidung über die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung obliegt dem für Finanzen zuständigen Ministerium. Die Entscheidung ist nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu treffen.

In den vergangenen Jahren kam es zu größeren Schwankungen bei der Zinsentwicklung am Kapitalmarkt. Es ist zu erwarten, dass sich dieser Trend auch in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Damit das Land angemessen von dem historisch niedrigen Zinsniveau profitieren kann, ist es notwendig, im Rahmen der Anschlussfinanzierung auch Kredite im kurzen Laufzeitenbereich abschließen zu können. Aufgrund der Zinsentwicklung kann die kurzfristige Aufnahme von Krediten mit kürzerer Laufzeit für die umzuschuldenden Kredite für das Land wirtschaftlicher, als eine erneute langfristige Bindung sein.

Zu Absatz 2

Es erfolgt eine Regelung dahin gehend, dass ein ausgeglichenes kassenmäßiges Jahresergebnis im Haushaltsjahr sicherzustellen ist. Durch Maßnahmen im Haushaltsvollzug für die Haushaltsjahre ist sicherzustellen, dass kein Überschuss oder Fehlbetrag im Sinne des § 25 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) entsteht.

Sofern ein Fehlbetrag droht, können die in der Thüringer Landeshaushaltsordnung bekannten Maßnahmen ergriffen werden. Vollständigkeitshalber wird geregelt, dass zur Herstellung des Haushaltsausgleichs auch eine Entnahme aus Rücklagen im Haushaltsvollzug möglich ist. Insbesondere ist auch eine Entnahme zur Deckung von Ausgaberesourcen möglich.

Sofern sich abzeichnet, dass ein Überschuss zu erwarten ist, kann zur Herstellung des Ausgleichs von der Inanspruchnahme der Kreditermächtigung nach Absatz 1 abgesehen werden oder ein Betrag an eine allgemeine Haushaltsausgleichsrücklage oder an eine Rücklage für Investitionen zugeführt werden. Im Hinblick auf die Kreditermächtigung nach Absatz 1 handelt es sich um eine Klarstellung, da bereits nach dem Wortlaut des Absatzes 1 keine Verpflichtung zur Ausschöpfung der Kreditermächtigung besteht. Eine Kombination der Maßnahmen ist möglich. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann als das für den Haushaltsvollzug zuständige Ministerium im Rahmen der pflichtgemäßen Ermessensausübung entscheiden, welche Maßnahmen getroffen werden. Mit den Rücklagen kann Vorsorge getroffen werden, um zukünftige Haushaltsspielräume - insbesondere für Investitionen - zu erhalten und abzusichern.

Von den allgemeinen Rücklagen nach Absatz 2 sind die spezielleren, zweckgebundenen Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen nach § 4 zu unterscheiden.

Zu Absatz 3

Um mit günstigen kurzfristigen Krediten eventuelle Liquiditätsengpässe in Form von Kassenkrediten überbrücken zu können, können solche Kredite in Höhe von zwölf vom Hundert des in § 1 für das Haushaltsjahr festgestellten Haushaltsvolumens aufgenommen werden. Damit wird die Liquidität des Landes sichergestellt, aber auch die Möglichkeit der Aufnahme solcher Kredite begrenzt, um die Zinsbelastung des Landeshaushalts nicht schrankenlos laufen zu lassen.

Zu Absatz 4

Der Absatz enthält Regelungen über den Zeitpunkt der Kreditaufnahme.

Zu Absatz 5

Aus kreditpolitischen Erwägungen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eröffnet die in Absatz 5 enthaltene Ermächtigung die Möglichkeit, ab dem 1. Oktober des Haushaltsjahres den Kreditmarkt flexibel zu nutzen. Am Anfang eines Kalenderjahres sind die Kapitalmärkte durch den hohen Liquiditätsbedarf der einzelnen Marktteilnehmer in der Regel stark beansprucht. Die große Nachfrage führt zu steigenden Zinsen. Die Option, Anschlussfinanzierungen bereits zum Ende des laufenden Haushaltsjahres für das kommende Haushaltsjahr zu tätigen, dient der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Zu Absatz 6

Es wird der Empfehlung des Rechnungshofs hinsichtlich eines konkreten Umfangs derivativer Finanzinstrumente Rechnung getragen.

Zu § 3 - Deckungsfähigkeit

Die Deckungsfähigkeit eröffnet einen Spielraum für den Haushaltsvollzug. Sie ermöglicht es, die vielschichtigen Aufgaben der Landesverwaltung und politischen Programme trotz der zunehmenden Enge des Landeshaushalts effektiv durchführen zu können. Die Bestimmungen leisten auch einen Beitrag zur Deregulierung. Sie helfen, eine Vielzahl von überplanmäßigen Ausgaben zu vermeiden.

Zu Absatz 1

Die Regelung eröffnet die gegenseitige Deckungsfähigkeit innerhalb eines Einzelplans der Personalausgaben (Hauptgruppe 4) untereinander und unter Einbeziehung der sächlichen Verwaltungsausgaben Gruppen 511, 525 und 527. Zusätzlich ermöglicht Satz 1 Nr. 2 innerhalb eines Kapitels die Ausgaben der Hauptgruppe 5 mit Ausnahme der Titel der Gruppe 529 gegenseitig zu decken. Von den Deckungsfähigkeiten sind Personalaufwendungen für Abgeordnete (Obergruppe 41 in Kapitel 01) und die Verfügungsmittel (Gruppe 529) ausgenommen.

Zu Absatz 2

Es werden Regelungen zur Deckungsfähigkeit innerhalb des Einzelplans 18 (Staatliche Hochbaumaßnahmen) getroffen. Dies dient der erhöhten Flexibilität und dem Abbau von Verwaltungsaufwand. Durch die erweiterte Deckungsfähigkeit kann kurzfristig auf Änderungen im Bauablauf bei laufenden Baumaßnahmen reagiert werden. Die Deckungsfähigkeit wird nach Satz 2 dadurch begrenzt, dass die festgesetzten Gesamtausgaben der jeweiligen Baumaßnahme verbindlich sind. Die Bewirtschaftungskosten, welche unter anderem ab dem Haushaltsjahr 2021 im Kapitel 18 26 bewirtschaftet werden, sollen jedoch auch weiterhin konsequent von den Baukosten getrennt werden. Die bisherige Deckungsfähigkeit der Ausgaben der Hauptgruppe 5 innerhalb des Einzelplans 18 wurde daher begrenzt.

Zu Absatz 3

Es werden Regelungen zur Deckungsfähigkeit innerhalb des Einzelplans 16 (Informations- und Kommunikationstechnik) getroffen. Die Deckungsfähigkeit der Hauptgruppen 5 und 8 werden jeweils erweitert. Insofern ist die Bestimmung bezüglich des Einzelplans 16 eine Spezialregelung zu Absatz 1. Dies dient der erhöhten Flexibilität und dem Abbau von Verwaltungsaufwand. Durch die erweiterte Deckungsfähigkeit kann kurzfristig auf Veränderungen in Projekten der Informations- und Kommunikationstechnik reagiert werden.

Die Inanspruchnahme der kapitelübergreifenden Deckungsfähigkeit erfolgt im Einvernehmen mit den betroffenen Beauftragten für den Haushalt.

Zu Absatz 4

Um im Interesse der wirtschaftlichen Verwendung von Mitteln den Abschluss von Leasingverträgen flexibler handhaben zu können, wird in Absatz 4 eine einseitige Deckungsfähigkeit der Titel der Gruppe 811 zugunsten der Titel der Gruppe 518 innerhalb eines Kapitels geregelt.

Zu Absatz 5

Zur Wahrung der Budgethoheit des Gesetzgebers ist eine Deckungsfähigkeit nur für Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen gegeben, zwischen denen ein verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder die Deckungsfähigkeit eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung fördert. Klarstellend wird in Satz 2 geregelt, dass die Deckungsfähigkeit ausgeschlossen ist, wenn ein Titel oder eine Verpflichtungsermächtigung einer Verfügungsbeschränkung unterliegt. So stehen gesperrte Titel oder Verpflichtungsermächtigungen, soweit die Sperre nicht aufgehoben werden kann, nicht als Deckungsquelle zur Verfügung. Ebenso kann durch eine spezielle Zweckbestimmung in verbindlichen Erläuterungen (je nach Formulierung) eine Verfügungsbeschränkung bestehen.

Zu § 4 - Zweckgebundene Rücklagen

Zu Absatz 1

Werden bei zweckgebundenen Einnahmen im Haushaltsjahr keine Ausgaben in entsprechender Höhe getätigt, werden die Einnahmen gesonderten Rücklagen zugeführt. Damit wird sichergestellt, dass die Einnahmen zur Deckung der korrespondierenden Ausgaben und somit zur Erfüllung des Zwecks zur Verfügung stehen.

Zu Absatz 2

Es werden die Fälle genannt, in denen eine Entnahme aus den Rücklagen erfolgt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Zweckbindung der Einnahmen gewahrt bleibt.

Nach Nummer 1 kann eine Deckung von entsprechenden Ausgaberesten erfolgen. Die Einwilligung zur Inanspruchnahme von Ausgaberesten darf nach § 45 Abs. 3 Halbsatz 2 ThürLHO nur erteilt werden, wenn in demselben oder einem anderen Einzelplan Ausgaben in gleicher Höhe bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres nicht geleistet werden oder im laufenden Jahr zweckgebundene Einnahmen von Dritten zur Verfügung stehen oder wenn Ausgabemittel zur Deckung der Ausgabereste besonders veranschlagt sind. Im Bereich von zweckgebundenen Einnahmen kommt es oft zu jährlichen Verschiebungen, so dass die Einnahmen im Vorjahr, aber nicht im laufenden Jahr zur Verfügung stehen. Aufgrund des Prinzips der Jährlichkeit kommt es hier zu unsachgerechten Ergebnissen. Das Verlangen einer Einsparauflage im Einzelplan ist in diesen Fällen nicht sachgerecht und oftmals aufgrund der großen Volumina auch nicht im Einzelplan leistbar. Es ist sachgerecht, dass zur Deckung dieser Ausgabereste, eine Entnahme aus der aus den zweckgebundenen Einnahmen gebildeten Rücklage erfolgt. Die zeitlichen Verschiebungen werden so im Ergebnis ausgeglichen.

Zu Absatz 3

Es ist ein Einwilligungsvorbehalt des für Finanzen zuständigen Ministeriums geregelt.

Zu § 4 a - Entnahme aus dem Thüringer Pensionsfonds

Nach § 4 des Thüringer Pensionsfondsgesetzes ist eine Entnahme aus dem Sondervermögen allein nach Maßgabe eines Gesetzes zur schrittweisen Entlastung von Versorgungsaufwendungen zulässig. Es erfolgt

eine Regelung im Thüringer Haushaltsgesetz 2021 mit der ausdrücklichen Festlegung, dass entnommene Mittel zur Deckung der Versorgungsaufwendungen dienen.

Zu § 5 - Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Finanzierungen

Zu Absatz 1

Die Behörden der Landesverwaltung sind verpflichtet, die wirtschaftlichste und sparsamste Form der Errichtung, Finanzierung und Betreibung unter Berücksichtigung der direkt messbaren finanziellen und der gesamtwirtschaftlichen Faktoren zu finden. Dabei sind auch Aspekte der demographischen Entwicklung einzubeziehen.

Zu Absatz 2

Es wird die Möglichkeit eröffnet, für Bauinvestitionen mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags rechtliche Verpflichtungen für alternative Finanzierungsformen einzugehen.

Zu § 6 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

Zu Absatz 1

Absatz 1 trifft die Bestimmung der Höchstgrenze von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben, bis zu der nach § 37 Abs. 1 Satz 4 ThürLHO von einem Nachtragshaushalt abgesehen werden kann. Der Betrag wird wie in den Vorjahren auf vier Millionen Euro festgesetzt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 trifft die Bestimmung der Betragsgrenze nach § 37 Abs. 4 Halbsatz 1 ThürLHO zur Meldung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben an den Landtag. Der Betrag wird wie auch in der Vergangenheit auf 50.000 Euro festgelegt.

Zu Absatz 3

Absatz 3 regelt die entsprechende Anwendbarkeit des Absatzes 1 auf über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen. Entsprechend der Regelung in Absatz 1 wurde auch hier die Betragsgrenze auf vier Millionen Euro festgesetzt.

Zu § 7 - Personalwirtschaftliche Regelungen

Zu Absatz 1

Das für Finanzen zuständige Ministerium erhält durch diese Regelung die notwendige Ermächtigung, haushaltsmäßige Bestimmungen im Haushaltsvollzug zu erlassen, die aufgrund gesetzlicher Änderungen oder Änderungen im Tarifvertragsrecht erforderlich sind. Werden Gesetze erlassen oder geändert oder werden neue tarifrechtliche Regelungen unterjährig getroffen, so können die haushaltsmäßigen Bestimmungen an die Änderungen des materiellen Rechts angepasst werden. Dies betrifft insbesondere Anpassungen an Änderungen des Besoldungsrechts.

Zu Absatz 2

Damit wird eine Möglichkeit geschaffen, aus Drittmitteln finanziertes Personal in den Stellenplan aufzunehmen. Die Drittmittel müssen zweckgebunden für die Einstellung von Personal zur Verfügung stehen.

Zu Absatz 3

Es wird eine Möglichkeit geschaffen, für bislang außerhalb des regulären Stellenplans geführte Landesbedienstete oder Bedienstete von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, soweit diese bisher aus dem Landeshaushalt finanziert werden, die Stellenpläne und Stellenübersichten zu ergänzen, soweit dies im Zusammenhang mit organisatorischen Maßnahmen steht und eine sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung sichergestellt ist.

Im Zusammenhang mit organisatorischen Maßnahmen, die eine Eingliederung in den Landeshaushalt zur Folge haben, kann eine veränderte Darstellung oder das Ausbringen neuer Stellen erforderlich sein. Eine Anpassung der Stellenpläne und Stellenübersichten an organisatorische Maßnahmen im Vollzug soll ermöglicht werden.

Zu Absatz 4

Die GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH übernimmt unter anderem im Wege der Beleihung nach § 44 Abs. 3 ThürLHO Aufgaben im Bereich des Zuwendungsrechts. Sofern Aufgaben, die bisher durch die GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH wahrgenommen werden, in Zukunft durch die Landesverwaltung wahrgenommen werden sollen, ist zur Umsetzung einer solchen organisatorischen Maßnahme im Vollzug eine Ermächtigung zur Ergänzung der Stellenpläne und Stellenübersichten sowie zur Ausbringung von entsprechenden Ausgabeermächtigungen erforderlich.

Zu Absatz 5

Es wird die Verwaltung von Planstellen und Stellen geregelt, die mit kw-Vermerk ohne eine konkrete Datumsangabe versehen sind. Werden diese Planstellen und Stellen frei, gilt eine Wiederbesetzungssperre. Mit der Aufstellung des nächsten Haushaltsplans fallen sie weg. Ergänzend werden Regelungen dahin gehend getroffen, wie zu verfahren ist, wenn mehrere Planstellen oder Stellen der gleichen Wertigkeit vorhanden sind. In diesem Fall beziehen sich die Wiederbesetzungssperre und der Wegfall auf die nächste frei werdende Planstelle oder Stelle.

Zu Absatz 6

Die Regelung erlaubt für den Fall des freiwilligen Ausscheidens von Bediensteten die Zahlung von Abfindungen aus den Haushaltsansätzen für Besoldung und Entgelt, soweit damit Maßnahmen der Personaleinsparung durchgesetzt und im Ergebnis dauerhaft Stellen in Abgang gestellt werden. Dabei dürfen die genannten Haushaltsansätze nicht überschritten werden.

Zu § 8 - Leerstellen, Abordnungen

Zu Absatz 1

In den Sätzen 1 und 2 wird die Möglichkeit geregelt, mit Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums, Leerstellen unter bestimmten Voraussetzungen auszubringen.

Zugleich wird in den Sätzen 3 bis 5 bestimmt, dass zur Verwaltungsvereinfachung die Zustimmung über das laufende Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende der jeweiligen Maßnahme erteilt werden kann. Arbeitsverträge mit Vertretungskräften sind zweckbefristet zu gestalten. Spätestens mit Beendigung der Maßnahme entfallen die Leerstellen. Entsprechend wurde klarstellend in Satz 6 ergänzt, dass durch die stellenbewirtschaftende Stelle sicherzustellen ist, dass zum Zeitpunkt des Wegfalls der Leerstelle bei Rückkehr des Bediensteten eine entsprechende besetzbare Planstelle zur Verfügung steht. Die stellenbewirtschaftende Stelle hat dafür Sorge zu tragen, dass es nicht zu Überschneidungen kommt. Eine ausnahmsweise dauerhafte Einstellung einer Vertretungskraft setzt voraus, dass zum Zeitpunkt des Wegfalls der Leerstelle eine andere entsprechende Planstelle zur Verfügung steht. Aus verwaltungsökonomischen Gründen gilt zudem für bereits ausgebrachte Leerstellen die Zustimmung als erteilt.

Zu Absatz 2

Leerstellen für die sogenannte Elternzeit gelten vom Beginn der Beurlaubung an als ausgebracht, soweit die entsprechende Stelle innerhalb des Beurlaubungszeitraums anderweitig besetzt werden soll. Die Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums ist erforderlich, wenn der Beamte ein Amt inne hat, das der Besoldungsgruppe A 16 oder der Besoldungsgruppe B 2 oder höher zugeordnet ist.

Die Regelung dient der Verwaltungsvereinfachung. Der ganz überwiegende Teil der Leerstellen wird für eine notwendige Vertretung eines Beamten in sogenannter Elternzeit benötigt. Eine Verweigerung der Zustimmung durch das für Finanzen zuständige Ministerium wurde in der Praxis bislang nur in seltenen Fällen für notwendig erachtet.

Der unabweisbare und vordringliche Personalbedarf muss als Grundvoraussetzung für die Einstellung einer Vertretungskraft vom jeweiligen Ressort in eigener Zuständigkeit geprüft werden. Nur bei positiver Entscheidung gilt die Leerstelle als ausgebracht.

Die Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums ist nach Satz 2 in bestimmten Ausnahmefällen vorgesehen. Leerstellen führen zwar an sich nicht zu einer Belastung des Landeshaushalts, allerdings wird bei einer Einstellung einer Vertretungskraft auf eine mögliche Entlastung verzichtet. Ab der Besoldungsgruppe A 16 oder der Besoldungsgruppe B 2 oder höher ist daher wie bisher eine Zustimmung des für Finanzen zuständigen Ministeriums erforderlich.

Auch hier wird klarstellend durch die Erweiterung der Verweisung ergänzt, dass durch die stellenbewirtschaftende Stelle sicherzustellen ist, dass zum Zeitpunkt des Wegfalls der Leerstelle bei Rückkehr des Bediensteten eine entsprechende besetzbare Planstelle zur Verfügung steht. Die stellenbewirtschaftende Stelle hat dafür Sorge zu tragen, dass es nicht zu Überschneidungen kommt. Eine ausnahmsweise dauerhafte Einstellung einer Vertretungskraft setzt voraus, dass zum Zeit-

punkt des Wegfalls der Leerstelle eine andere entsprechende Planstelle zur Verfügung steht.

Zu Absatz 3

Aufgrund dieser Regelung können ausgebrachte Leerstellen gehoben werden, wenn der "Leerstelleninhaber" aus beamtenrechtlichen Gründen befördert werden soll.

Zu Absatz 4

Mit dieser Bestimmung wird klargestellt, dass für Beamte, die im Rahmen der Ableistung von Probezeiten abgeordnet werden, die Personalausgaben von der abordnenden Verwaltung zu tragen sind.

Zu Absatz 5

Es wird die Möglichkeit geschaffen, Leerstellen in den Fällen auszubringen, in denen Arbeitnehmer arbeitsunfähig sind und keine Ansprüche auf Entgelt im Krankheitsfall bestehen. Es dürfen weder Ansprüche auf Entgeltfortzahlung noch Krankengeldzuschuss bestehen. Fälle, in denen eine Erstattung von dritter Seite an das Land erfolgt, werden nicht erfasst.

Da bei Beamten und Richtern für die Dauer der Krankheit die Besoldung fortgezahlt wird, kommt unter fiskalischen Aspekten nur die Berücksichtigung von Tarifbeschäftigten in Betracht. Bei diesen ist ebenfalls Voraussetzung, dass durch das Land kein Entgelt im Krankheitsfall entrichtet wird.

Die Ausbringung von Leerstellen ist auch möglich, wenn Arbeitnehmern eine volle oder teilweise Erwerbsminderungsrente als Rente auf Zeit nach § 102 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch gewährt wird und aufgrund dessen Arbeitsverhältnisse nach § 33 Abs. 2 Satz 5 und 6 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder ruhen, so dass keine Ansprüche auf Entgelt gegen das Land bestehen.

Durch den Verweis in Satz 3 auf Absatz 1 Satz 3 bis 6 wird klarstellend ergänzt, dass durch die stellenbewirtschaftende Stelle sicherzustellen ist, dass zum Zeitpunkt des Wegfalls der Leerstelle bei Rückkehr des Bediensteten eine entsprechende besetzbare Stelle zur Verfügung steht. Die stellenbewirtschaftende Stelle hat dafür Sorge zu tragen, dass es nicht zu Überschneidungen kommt. Eine ausnahmsweise dauerhafte Einstellung einer Vertretungskraft setzt voraus, dass zum Zeitpunkt des Wegfalls der Leerstelle eine andere entsprechende Stelle zur Verfügung steht.

Zu Absatz 6

Absatz 6 regelt die entsprechende Anwendung der Absätze 1 bis 4 auch auf Richter und Arbeitnehmer.

Zu § 9 - Sperren

Zu Absatz 1

Die Bestimmung erweitert die rechtlichen Möglichkeiten des für Finanzen zuständigen Ministeriums, neben den nach § 41 ThürLHO auszusprechenden haushaltswirtschaftlichen Sperren auch Ausgaben zu sperren, für die unvorhergesehen Zuwendungen durch Dritte bereitgestellt wer-

den. Das heißt, wenn der veranschlagte Ausgabenzweck bereits durch die Leistung eines Dritten erreicht wird, so dass es einer Ausgabe aus dem Landeshaushalt nicht mehr bedarf, können die entsprechenden Mittel gesperrt werden.

Zu Absatz 2

Bei den von Dritten mitfinanzierten Ausgaben sind nach Absatz 2 die Landesmittel in dem Verhältnis gesperrt, in dem der Dritte seinen Mitfinanzierungsbeitrag mindert. Gleichzeitig werden Möglichkeiten zur Aufhebung der Sperre normiert. Hauptanwendungsfall sind gemeinsame Förderprogramme von Bund und Ländern, die einen prozentualen Kofinanzierungsanteil des Landes vorsehen. Kommt es bei einem dieser Förderprogramme zu einer Reduktion der Bundesmittel, sind Landesmittel, die der Kofinanzierung dienen, ebenfalls im entsprechenden Umfang gesperrt. Das für Finanzen zuständige Ministerium kann die Sperre aufheben und damit eine Vorfinanzierung zulassen.

Zu § 10 - Besondere Buchungsbestimmungen

Durch § 10 werden bestimmte Buchungsvorfälle im Rahmen der Haushalts- und Wirtschaftsführung geregelt. Die Bestimmung dient darüber hinaus der Verwaltungsvereinfachung und bildet eine Korrektur zu einer ansonsten notwendigen, aber überflüssigen Haushaltsausweitung.

Zu Absatz 6

Für die der Umsatzbesteuerung unterliegenden Leistungen erfolgt die Abführung der Umsatzsteuer an das jeweilige Finanzamt über die Ausgabetitel 542. Erstattungen aus einem Überschuss aus einer Umsatzsteuer-Voranmeldung oder Umsatzsteuererklärung sind bei diesen Ausgabetiteln abzusetzen.

Zu § 11 - Sonstige Bewirtschaftungsmaßnahmen

Zu Absatz 1

Die Erläuterungen dienen der Klarstellung und tragen zum besseren Verständnis der Zweckbindung bei. Werden sie für die ordnungsgemäße Bewirtschaftung als unerlässlich eingeschätzt, so werden sie nach § 17 Abs. 1 Satz 3 ThürLHO für verbindlich erklärt. Von verbindlichen Erläuterungen soll nur in Ausnahmefällen abgewichen werden können. Absatz 1 sieht daher grundsätzlich ein Einwilligungserfordernis des für Finanzen zuständigen Ministeriums vor. Im Landeshaushaltsplan kann darüber hinaus festgelegt werden, dass zusätzlich nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags abgewichen werden kann. Die Möglichkeit zur Abweichung dient der Flexibilität im Haushaltsvollzug.

Zu Absatz 2

Nach § 26 Abs.3 Satz 1 Nr. 2 ThürLHO sind grundsätzlich Übersichten über die Einnahmen und Ausgaben von Stellen außerhalb der Landesverwaltung, sofern sie Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten, dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen oder in die Erläuterungen aufzunehmen. Im Bereich der institutionellen Förderungen liegen in der Regel die Haushalts- und Wirtschaftspläne im Aufstellungsverfahren des Landeshaushaltes noch nicht vor. Um dem Informationsanspruch des

Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags entsprechen zu können, sind diese ihm nach Vorlage zuzuleiten.

Zu Absatz 3

Satz 1 dient einer höheren Flexibilität im Bereich der Fonds der Europäischen Union. Planungsunwägbarkeiten werden abgeschwächt. Es wird für diesen begrenzten Bereich die Möglichkeit geschaffen, Mehrausgaben zu leisten und Verpflichtungen einzugehen, soweit die entsprechende Finanzierung durch Mittel der Europäischen Union erfolgt.

Die Regelung im Bereich der Fonds der Europäischen Union wird durch Satz 2 für den Bereich der Finanzhilfen des Bundes und der Gemeinschaftsaufgaben für entsprechend anwendbar erklärt. Die Interessenlage ist in diesem Bereich vergleichbar. Darüber hinaus wird die Möglichkeit eröffnet Verpflichtungen einzugehen, soweit hierfür im Haushaltsjahr Mittel von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Verfügung gestellt oder verbindlich zugesagt werden. Die Kopplung der Einnahmen für Mehrausgaben erfolgt diesbezüglich durch konkreten Haushaltsvermerk am Einnahmetitel.

Zu § 12 - Besserstellungsverbot

Es wird das sogenannte Besserstellungsverbot geregelt. Das Besserstellungsverbot dient grundsätzlich der Konkretisierung des Subsidiaritätsgrundsatzes und des Gebots der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Zu Absatz 1

Das im Zuwendungsrecht geltende Besserstellungsverbot wird normiert.

Das Besserstellungsverbot findet keine Anwendung, wenn Beschäftigte des Zuwendungsempfängers nicht mit Arbeitnehmern des Landes verglichen werden können. Über die Förderung ist in diesen Fällen nach den allgemeinen Grundsätzen der Subsidiarität, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Einzelfall zu entscheiden.

Zu Absatz 2

Für die Anwendbarkeit des Besserstellungsverbot bei Projektförderungen werden einschränkende Kriterien aufgenommen. Insbesondere Zuwendungsempfänger im kleinen und mittelständischen Bereich sind oft mit der Auflage des Besserstellungsverbot überfordert. Die Regelung dient dazu, den Aufwand beim Zuwendungsempfänger und der Verwaltung zu reduzieren. Klarstellend wird aufgenommen, dass das Besserstellungsverbot nur auf die in dem Projekt unmittelbar beteiligten Beschäftigten angewendet wird. Soweit Personalausgaben von unmittelbar in dem Projekt beteiligten Beschäftigten über anteilige Gemeinkosten in die beantragte Zuwendung einfließen, sind diese in die Prüfung des Besserstellungsverbot mit einzubeziehen.

Findet das Besserstellungsverbot keine Anwendung, so verbleibt es bei den allgemeinen Grundsätzen der Subsidiarität, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

Zu Absatz 3

Das für Finanzen zuständige Ministerium kann in Einzelfällen oder für Förderbereiche Abweichungen vom Besserstellungsverbot zulassen. Dies ist insbesondere dann möglich, wenn der vom Land verfolgte Zweck der Förderung ansonsten nicht erreicht werden kann. Weitere Ausnahmen können beispielsweise auch dann gerechtfertigt sein, wenn die Zuwendung in einer Form ausgereicht wird, die eine Verletzung des Besserstellungsverbots beziehungsweise der mit ihm verfolgten Zwecke mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von vornherein ausschließt oder wenn durch eine Freistellung von der Einhaltung des Besserstellungsverbots die Zuwendung wirksamer und wirtschaftlicher verwendet werden kann.

Zu § 13 - Überlassung und Veräußerung von Vermögensgegenständen

Zu Absatz 1

Die Bestimmung lässt die Überlassung oder Veräußerung von Vermögensgegenständen unter bestimmten Voraussetzungen auch unterhalb des jeweiligen vollen Wertes zu. Aufgrund der besonderen Interessenlage wird die Möglichkeit einer Überlassung oder Veräußerung unter Wert in den dargestellten Fallgruppen geschaffen.

Zu Nummer 3

Es wird klargestellt, dass nicht nur landeseigene Einrichtungen nebst deren Ausstattung erfasst sind, sondern auch (als wesensgleiches Minus) Grundstücke, Nutzungsrechte an Grundstücken oder sonstige Vermögensgegenstände (im Sinne des § 63 ThürLHO). Des Weiteren werden auch die kommunalen Zweckverbände erfasst.

Als "angemessene Dauer" ist grundsätzlich ein prognostizierter Zeitraum von zehn Jahren und, soweit Grundstücke betroffen sind, von 25 Jahren anzunehmen.

Ab einem Wert der Überlassung oder Veräußerung von 50.000 Euro ist die Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags einzuholen. Betrifft die Überlassung oder Veräußerung die Fälle des Satzes 1 Buchst. b oder c, das heißt, sind Grundstücke oder Nutzungsrechte an Grundstücken betroffen, gilt die Wertgrenze von 375.000 Euro (vergleiche Absatz 2). Bei einer Überlassung oder Veräußerung nach Nummer 3 wird bei der Wertgrenze zwischen Ausstattung (Vermögensgegenstände) und Grundstücken unterschieden.

Zu Nummer 5

Datenverarbeitungsprogramme können nur bei vereinbarter Gegenseitigkeit kostenlos abgegeben werden. Die Regelung basiert auf den sogenannten "Kieler Beschlüssen" des Kooperationsausschusses ADV Bund/Länder/kommunaler Bereich. Eine Abgabe unter Wert an Stellen der öffentlichen Verwaltung soll ermöglicht werden. Voraussetzung ist jedoch die Übereinkunft, dass eine Abgabe unter Wert auf Gegenseitigkeit beruht.

Zu Absatz 2

Es wird die nach § 64 Abs. 2 Satz 1 ThürLHO erforderliche Festlegung des "erheblichen Grundstückswerts" getroffen. Maßgeblich ist der Ver-

kehrswert im Sinne des § 194 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in der jeweils geltenden Fassung. Die Wertgrenze findet daher auch Anwendung für Veräußerungen von Grundstücken zu einem Veräußerungserlös, der unter dem Verkehrswert liegt.

Zu Absatz 3

Absatz 3 legt die Ermächtigung zum Abschluss von Vereinbarungen bezüglich der im Eigentum des Landes befindlichen Wertpapiere fest.

Zu § 14 - Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen

Die Bestimmung in den Absätzen 1 bis 4 ermächtigt das für Finanzen zuständige Ministerium, das für Kultur zuständige Ressort, das für Hochschulbibliotheken zuständige Ministerium, den Präsidenten des Landtags, das für Umwelt zuständige Ministerium sowie das für Forschung zuständige Ministerium, Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen zur Förderung bestimmter, im Interesse des Landes liegender Zwecke zu übernehmen.

Zu Absatz 1

Die Beträge sind dem voraussichtlichen Bedarf für das Haushaltsjahr 2021 angepasst. Der Bürgschaftsrahmen zur Förderung des Wohnungs- und Städtebaus kann auch zur Unterstützung von Maßnahmen der Energieeffizienz beziehungsweise dem Einsatz regenerativer Energien in diesen Bereichen genutzt werden. Der Bürgschaftsrahmen zur Förderung von Unternehmen der land- und forstwirtschaftlichen Produktion wird in Höhe von insgesamt bis zu 20 Millionen Euro beibehalten. Im Bereich der Landwirtschaft besteht besonderer Bedarf, um bei auftretenden Krisen mit Bürgschaften reagieren zu können. Der Bürgschaftsrahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe wird in Höhe von insgesamt bis zu 500 Millionen Euro, der Bürgschaftsrahmen zur Förderung von Organisationen und Einrichtungen der Sozialwirtschaft sowie zur Förderung von Einrichtungen des Sports, der Wissenschaft und Forschung sowie der Kultur und Kunst in gemeinnütziger Trägerschaft, an denen das Land ein erhebliches Interesse hat in Höhe von insgesamt bis zu 30 Millionen Euro für erforderlich erachtet. Infolge der Corona-Krise wird ein erhöhtes Aufkommen an Bürgschaftsanträgen erwartet.

Satz 2 dient dazu, eine größere Flexibilität bei der Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Ermächtigungsrahmen zu erreichen.

Zu Absatz 2

Es werden Bürgschaftsrahmen zur Absicherung von Ausstellungen und Exponaten von Leihgebern geregelt. In Satz 5 wird festgelegt, dass auf die Höchstbeträge nach den Sätzen 1 bis 4 die aufgrund der jeweiligen Ermächtigungen bisheriger Thüringer Haushaltsgesetze in Anspruch genommenen Verpflichtungen angerechnet werden, soweit das Land daraus noch in Anspruch genommen werden kann. In Satz 6 wird bestimmt, dass bei einer Beendigung der Leihgabe und der Feststellung, dass das Land aus der Übernahme der Verpflichtung zur Abdeckung von Ersatzansprüchen nicht mehr in Anspruch genommen werden kann oder Ersatz seiner Leistungen erlangt hat, der dadurch frei werdende Betrag für die Übernahme neuer Verpflichtungen wieder zur Verfügung steht.

Zu Absatz 3

Neben allgemeinen Freistellungen können insbesondere im Rahmen von Freistellungsverfahren nach Artikel 1 § 4 Abs. 3 des Umweltraumgesetzes vom 29. Juni 1990 (GBl. DDR 1990 I S.649), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. März 1991 (BGBl. I S. 766 -1928-) durch das Land Unternehmen von der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Inanspruchnahme für vor dem 1. Juli 1990 entstandene Schäden (insbesondere Altlasten) ganz oder teilweise freigestellt werden. Der Anspruch der freigestellten Unternehmen auf Finanzierung von Gefahrenabwehrmaßnahmen ist unbefristet. Die Freistellungsermächtigung wird für noch zu entscheidende sowie auch laufende Verfahren, in denen Änderungsentscheidungen anstehen, benötigt.

Zu Absatz 4

Durch die Garantieerklärung kann es zu einer Haftungsverlagerung zu Lasten des Bundes kommen, da der Bund durch die Garantieerklärung zugesichert hat, dass die Einrichtungen finanziell durch die Bundesrepublik abgesichert sind. Grundsätzlich haften die Landeseinrichtungen die Zuwendungsempfänger - für die zweckentsprechende Verwendung von Zuwendungen der Europäischen Union selbst. Hat der Bund eine Garantieerklärung abgegeben, so haftet er, falls die Einrichtung bei einer eventuellen Rückforderung durch die Europäische Union nicht leistungsfähig ist. Der Bund verlangt daher für die Erklärung gegenüber der Europäischen Union entsprechende Freistellungserklärungen durch die Länder. In Thüringen betrifft die Garantieerklärung des Bundes das Institut für Bioprozess- und Analysenmesstechnik e.V., das Institut für Mikroelektronik und Mechatronik-Systeme gGmbH und das Leibniz-Institut für Photonische Technologien e.V.

Die Europäische Kommission wies darauf hin, dass privatrechtlich organisierte Forschungsorganisationen und Bildungseinrichtungen und die sogenannten Landesforschungseinrichtungen durch die Übernahme einer Garantieerklärung der Bundesrepublik Deutschland "öffentlichen Einrichtungen" ("public bodies") im Sinne des Artikels 2 Nr. 13 der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Festlegung von Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an Maßnahmen des Siebten Rahmenprogramms sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse (2007-2013) (ABl. L 391 vom 30.12.2006, S. 1) gleichgestellt werden können.

Die "öffentlichen Einrichtungen" sind nach Artikel 38 Nr. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 im Hinblick auf den "Risikoabdeckungsmechanismus", den sogenannten Garantiefonds (Artikel 38 Nr. 2 bis 4 der Verordnung -EG- Nr. 1906/2006), privilegiert. Des Weiteren erfolgt keine Überprüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Einrichtungen (Artikel 38 Nr. 6 der Verordnung -EG- Nr. 1906/2006). Trotz zwischenzeitlicher Aufhebung der vorgenannten Verordnung sind weiterhin Sachverhalte denkbar, die zu einer garantiegesicherten Haftung des Bundes führen können. Die Freistellungsregelung ist deshalb bis zum endgültigen Abschluss des Förderprogrammes prophylaktisch aufrechtzuerhalten.

Der mit der Verordnung (EG) Nr. 1906/2006 eingerichtete und von der Kommission verwaltete Teilnehmer-Garantiefonds hat sich als ein wichtiger Sicherungsmechanismus erwiesen, der die Risiken abfedert, die sich aus geschuldeten, aber von säumigen Teilnehmern nicht zurückgezahlten Beträgen ergeben.

Das Leibniz-Institut für Photonische Technologien e. V. ist seit dem 1. Januar 2014 kein Landesinstitut mehr und gehört zur vom Bund und den Ländern finanzierten Leibniz-Gemeinschaft. Bis zum Abschluss des Siebten Forschungsrahmenprogramms wird es weiterhin durch eine Garantieerklärung abgesichert.

Zu Absatz 5

Die Interessenlage stellt sich ähnlich dar, wie bei dem in Absatz 4 geregelten Sachverhalt.

Voraussichtlich wird die Verordnung (EU) des Europäischen Parlaments und des Rates über besondere Bestimmungen für das aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sowie aus Finanzierungsinstrumenten für das auswärtige Handeln unterstützte Ziel "Europäische territoriale Zusammenarbeit" (Interreg) verabschiedet. Die Kommission verlangt von den am Interreg-Programm teilnehmenden Mitgliedstaaten eine Zustimmung zum Kooperationsprogramm und eine Bestätigung der Kofinanzierung des Interreg-Programms. Sollten die vom Programm Begünstigten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, besteht eine Einstandspflicht des Mitgliedstaates.

Durch die Erklärungen des Bundes als Vertreter des Mitgliedstaates gegenüber der Kommission kann es somit zu einer Finanzierungs- und Haftungsverlagerung zu Lasten des Bundes kommen. Der Bund verlangt daher ihm gegenüber die gleichen Erklärungen von den Ländern, die für die Abwicklung der Interreg-Programme in Deutschland zuständig sind. Die Erklärungen gegenüber dem Bund sind Voraussetzung für eine mögliche Teilnahme Thüringer Projektpartner am Interreg-Programm. Es wird davon ausgegangen, dass die Unterzeichnung der Interreg-Programme durch den Bund nicht im Jahr 2020, sondern erst im Jahr 2021 erfolgen wird.

Zu § 15 - Fortgeltung

Die Bestimmung regelt die Fortgeltung von Regelungen für den Fall, dass der Haushaltsplan des dem Gesetz folgenden Haushaltsjahres nicht vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festgestellt werden kann.

Zu § 16 - Gleichstellungsbestimmung

Die Bestimmung regelt, dass Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz jeweils für alle Geschlechter gelten.

Zu § 17 - Inkrafttreten

Die Bestimmung regelt, zu welchem Zeitpunkt das Gesetz in Kraft tritt.

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021, der bereits in den Landtag eingebracht wurde, basiert auf den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2020. Aus der Steuerschätzung vom November 2020 haben sich Veränderungen ergeben. Auch für das Haushaltsjahr 2021 werden aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie erhebliche Mindereinnahmen erwartet. Darüber hinaus wurden im Rahmen der parlamentarischen Beratungen weitere Bedarfe erkannt, zu deren Deckung die zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen sind.

Darüber hinaus besteht inhaltlicher Anpassungsbedarf der im bisherigen Entwurf vorgesehenen Regelung für eine eventuelle Aufgabenübernahme von der GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH. Die ausreichende Deckung ist nicht sichergestellt.

Außerdem wird der Bedarf für eine eventuelle Aufgabenübernahme von der Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH gesehen. Die Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH nimmt Aufgaben im öffentlichen Auftrag in den Bereichen Bildung, ökologischer Landbau, Tierzucht und Versuchswesen wahr. Der Klimawandel sowie die Umsetzung der umwelt- und tierwohlbezogenen Handlungsnotwendigkeiten in der Landwirtschaft erfordern eine funktionsfähige Forschungs- und Entwicklungsbasis für die Erzeugung und den Transfer praxisbezogener Lösungen, welche durch Übertragung der Aufgaben der Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH auf das Land erfolgen könnte.

B. Lösung

Die Landesregierung legt dem Landtag eine Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 mit der als Anlage beigefügten Ergänzung vor.

Zum Ausgleich der Einnahmeausfälle ist eine Nettoneuverschuldung nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (Thür-

Hinweis:

Die Präsidentin des Landtags hat die Ergänzungsvorlage gemäß § 67 Abs. 4 GO dem Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Vorabdruck verteilt am 2. Dezember 2020

Druck: Thüringer Landtag, 11. Dezember 2020

LHO) in Höhe von 288.000.000 Euro vorgesehen. Der nach der Steuerschätzung vom November 2020 nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 ThürLHO maximal zulässige Betrag beläuft sich nach aktualisierter Schätzung auf diesen Betrag.

Mit der Nettokreditaufnahme nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 ThürLHO entfällt die Verpflichtung zur Tilgung nach dem Thüringer Nachhaltigkeitsmodell.

Um ausreichende Deckung für eine Aufgabenübernahme von der GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH sicherzustellen, wird die Formulierung in § 7 Abs. 4 des Entwurfs des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 angepasst.

Zur Ermöglichung einer organisatorischen Maßnahme im Hinblick auf die Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH wird eine Ermächtigung zur Ergänzung der Stellenpläne und Stellenübersichten sowie zur Ausbringung von entsprechenden Ausgabeermächtigungen vorgesehen.

Die einzelnen Änderungen ergeben sich aus der der Ergänzungsvorlage als Anlage beigefügten Ergänzung.

C. Alternativen

Zur Herstellung des Haushaltsausgleichs stehen folgende Instrumente zur Verfügung:

1. Reduzierung der Planungsansätze 2021,
2. Entnahmen aus Rücklagen und
3. Entnahmen aus Sondervermögen.

Die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie und deren Folgen sind jedoch so erheblich, dass ein Haushaltsausgleich nur mit Hilfe der regulär zur Verfügung stehenden Maßnahmen und Mittel nicht sicher erreicht werden kann. Im Rahmen der bisherigen parlamentarischen Beratung wurden umfangreiche Bedarfe erkannt. Um eine ausreichende Deckung zu gewährleisten, ist nach aktueller Einschätzung eine Netto-neuverschuldung erforderlich. Es wird daher für erforderlich erachtet, dass die Landesregierung von ihrem Initiativrecht nach Artikel 99 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen Gebrauch macht.

Zur Bewältigung der durch die Corona-Pandemie und deren Folgen veranlassten finanziellen Auswirkungen ist eine haushaltsrechtliche Ermächtigung unverzüglich zu schaffen.

D. Kosten

Für den Druck und den Versand des mit der Anlage der Ergänzungsvorlage ergänzten Landeshaushaltsplans 2021 werden für das Land Ausgaben in Höhe von etwa 3.000 Euro anfallen.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Finanzministerium.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 2. Dezember 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf der

"Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021"

zusammen mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplan 2021 - Gesamtplan - (Haushaltsübersichten Teil I - III)

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag.

Die gedruckten Entwürfe des Gesetzentwurfs nebst Gesamtplan und Übersichten sowie die Einzelpläne werden dem Landtag durch das Finanzministerium unmittelbar zugestellt.

Gemäß § 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags wird um Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021

Der Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird der Geldbetrag "11.386.297.900 Euro" durch den Geldbetrag "11.319.854.900 Euro" ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Überschrift wird folgender neue Absatz 1 eingefügt:

"(1) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, zur Deckung der Ausgaben im Haushaltsjahr 2021 Kredite bis zur Höhe von 288.000.000 Euro aufzunehmen (Nettoneuverschuldung)."
 - b) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2.
 - c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und in Satz 2 wird die Verweisung "Absatz 1" durch die Verweisung "den Absätzen 1 und 2" ersetzt.
 - d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.
 - e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und in Satz 1 wird die Verweisung "Absatz 1 Satz 1" durch die Verweisung "Absatz 2 Satz 1" ersetzt.
 - f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 werden die Worte "und die Ausgaben im Rahmen der bisher für die Aufgabenwahrnehmung durch die GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH veranschlagten Ausgaben gedeckt werden können" durch die Worte "und Deckung gewährleistet ist" ersetzt.
 - b) Nach Absatz 4 wird folgender neue Absatz 5 eingefügt:

"(5) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die Stellenpläne und Stellenübersichten zu ergänzen sowie Ausgabeermächtigungen auszubringen, soweit dies im Zusammenhang mit der Übernahme von Aufgaben von der Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH im Rahmen einer organisatorischen Maßnahme steht, die sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung sichergestellt ist und Deckung gewährleistet ist."
 - c) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden die Absätze 6 und 7.
4. In § 15 wird die Verweisung "§ 2 Abs. 1 bis 4 und 6" durch die Verweisung "§ 2 Abs. 2 bis 5 und 7" ersetzt.

5. Die Anlage "Landeshaushaltsplan 2021" wird nach Maßgabe der dieser Ergänzungsvorlage als Anlage beigefügten Ergänzung geändert.

LANDESHAUSHALTSPLAN 2021

- Gesamtplan -

Teil I Haushaltsübersicht

- A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben
- B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne

Teil II Finanzierungsübersicht

Teil III Kreditfinanzierungsplan

Hinweis: Nach § 1 Satz 2 ThürLHO wird mit dem Haushaltsgesetz nur der Gesamtplan des Haushaltsplans verkündet. Auskunft darüber, bei welchen Stellen Einzelpläne und Anlagen des Landeshaushaltsplans eingesehen werden können, erteilt das Thüringer Finanzministerium, Ludwig-Erhard-Ring 7, 99099 Erfurt. Unter folgender Internetadresse: www.finanzen.thueringen.de steht der Haushalt 2021 zur Onlineansicht und zum Download zur Verfügung.

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil I Haushaltsübersicht 2021

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne
Veränderung durch Ergänzungsvorlage

Einzelplan	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schulddienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
01		116.900			116.900	41.108.000
02		2.157.800	356.600		2.514.400	33.048.800
03		35.152.800	7.807.800	36.400	42.997.000	440.649.400
04		5.517.100	21.153.500	33.792.000	60.462.600	1.421.607.100
05		110.026.400	1.230.000		111.256.400	241.168.600
06		15.032.600	3.064.000		18.096.600	173.910.200
07		15.806.400	205.082.400	304.553.300	525.442.100	17.448.400
08		19.783.200	360.281.100	24.954.900	405.019.200	50.240.200
09	15.200.000	5.940.700	384.200	1.450.000	22.974.900	60.125.900
10	600.000	38.887.400	450.164.100	170.267.900	659.919.400	167.512.500
11		9.900			9.900	8.097.200
12		500			500	407.500
16		43.000	24.949.000		24.992.000	15.612.700
17	7.146.000.000 -38.000.000	29.102.000	1.487.672.400 -15.000.000	773.557.000 -13.443.000	9.436.331.400 -66.443.000	510.225.100
18				9.721.600	9.721.600	
Summe alt	7.199.800.000	277.576.700	2.577.145.100	1.331.776.100	11.386.297.900	3.181.161.600
Veränderung	-38.000.000		-15.000.000	-13.443.000	-66.443.000	
Summe neu	7.161.800.000	277.576.700	2.562.145.100	1.318.333.100	11.319.854.900	3.181.161.600

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil I Haushaltsübersicht 2021

A. Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne
Veränderung durch Ergänzungsvorlage

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
7.933.300	13.565.100		1.377.500		63.983.900	-63.867.000
15.194.500	145.971.800	365.000	35.049.200		229.629.300	-227.114.900
76.335.300	26.007.200	250.000	116.117.700		659.359.600	-616.362.600
44.178.400	420.859.500		92.162.000		1.978.807.000	-1.918.344.400
149.023.300	127.746.300	1.000.000	2.341.800	4.649.100	525.929.100	-414.672.700
17.087.600	647.300	230.000	713.200		192.588.300	-174.491.700
41.222.800	933.925.800	22.650.000	433.916.200		1.449.163.200	-923.721.100
37.088.900	549.134.200		77.250.900	36.400	713.750.600	-308.731.400
29.656.800	45.645.600	28.950.300	125.564.300	295.000	290.237.900	-267.263.000
86.633.100	555.967.700	101.716.100	317.006.100		1.228.835.500	-568.916.100
545.200	3.200				8.645.600	-8.635.700
101.000					508.500	-508.000
85.320.500	18.394.200		44.008.000		163.335.400	-138.343.400
345.611.100	2.584.049.500	250.000	182.810.700		3.622.946.400	5.813.385.000
-66.443.000					-66.443.000	
23.762.100		107.610.700	60.761.800		192.134.600	-182.413.000
1.026.136.900	5.421.917.400	263.022.100	1.489.079.400	4.980.500	11.386.297.900	0
-66.443.000					-66.443.000	
959.693.900	5.421.917.400	263.022.100	1.489.079.400	4.980.500	11.319.854.900	0

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil I Haushaltsübersicht 2021

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne
Veränderung durch Ergänzungsvorlage

Veränderung durch Ergänzungsvorlage						
Einzelplan	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen			
			2021	2022	2023	2024
		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
01	Thüringer Landtag					
02	Thüringer Staatskanzlei	652.565	130.704	122.262	120.330	279.270
03	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales	103.042	25.845	25.979	13.356	37.863
04	Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport	282.920	94.798	89.153	72.170	26.800
05	Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	10.875	5.170	750	184	4.770
06	Thüringer Finanzministerium	42.100	3.300	3.900	4.700	30.200
07	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft	697.855	223.874	204.368	176.021	93.593
08	Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	256.025	90.265	62.490	49.780	53.490
09	Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz	167.126	91.028	52.242	20.075	3.782
10	Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	1.273.084	226.695	187.169	85.431	773.788
11	Thüringer Rechnungshof					
12	Thüringer Verfassungsgerichtshof					
16	Informations- und Kommunikationstechnik	115.680	43.956	32.444	19.225	20.055
17	Allgemeine Finanzverwaltung	16.582	9.478	7.105		
18	Staatliche Hochbaumaßnahmen	105.447	78.225	26.722	500	
	Summe neu	3.723.302	1.023.337	814.583	561.772	1.323.610
	Veränderung					
	Summe alt	3.723.302	1.023.337	814.583	561.772	1.323.610

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil II Finanzierungsübersicht 2021

	Betrag für 2021 EUR
1	2
Ermittlung des Finanzierungssaldos	
1. Ausgaben	11.319.854.900
abzüglich	
1.1. Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	
1.2. Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	
1.3. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	
1.4. Haushaltstechnische Verrechnungen	331.400
Ausgaben im Finanzierungssaldo	11.319.523.500
2. Einnahmen	11.319.854.900
abzüglich	
2.1. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	288.000.000
2.2. Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	488.675.000
2.3. Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	
2.4. Haushaltstechnische Verrechnungen	331.400
Einnahmen im Finanzierungssaldo	10.542.848.500
3. Finanzierungssaldo	-776.675.000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos	
4. Verschuldung am Kreditmarkt	
4.1. Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	
4.2. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	288.000.000
Saldo	-288.000.000
5. Rechnungsergebnisse aus Vorjahren	
5.1. Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	
5.2. Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	
Saldo	
6. Rücklagenbewegung	
6.1. Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	
6.2. Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	488.675.000
Saldo	-488.675.000
7. Finanzierungssaldo (aus Nr. 4, 5 und 6)	-776.675.000

Landeshaushalt

Gesamtplan

Teil III Kreditfinanzierungsplan 2021

	Betrag für 2021 Mio. EUR
1	2
A. Kredite am Kreditmarkt	
I. Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt (§ 2 ThürHhG 2021 unter Berücksichtigung der geplanten Auswirkungen des Thüringer Gesetzes zur finanzpolitischen Vorsorge für die steigenden Ausgaben der Beamtenversorgung)	1.197,5
II. Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	909,5
III. Nettokreditaufnahme (+)/ Nettokredittilgung (-) am Kreditmarkt (Nr. I abzgl. Nr. II)	288,0
B. Kredite im öffentlichen Bereich	
I. Einnahmen aus Krediten im öffentlichen Bereich	0,0
II. Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	0,0
III. Netto-Tilgung im öffentlichen Bereich	0,0

Begründung:**A. Allgemeines**

Der Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021, der bereits in den Landtag eingebracht wurde, basiert auf den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2020. Aus der Steuerschätzung vom November 2020 haben sich Veränderungen ergeben. Auch für das Haushaltsjahr 2021 werden aufgrund der weltweiten Corona-Pandemie erhebliche Mindereinnahmen erwartet. Hinsichtlich dieser Veränderungen ist die Deckung weiterhin zu gewährleisten.

Um eine ausreichende Deckung zu gewährleisten, wird eine Nettoneuverschuldung für erforderlich erachtet. Die Landesregierung macht daher von ihrem Initiativrecht nach Artikel 99 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen Gebrauch.

Entsprechend der Steuerschätzung vom November 2020 beläuft sich der nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) maximal zulässige Betrag zum Ausgleich der Steuermindereinnahmen nach aktualisierter Schätzung auf 288.000.000 Euro.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Nummer 1**

Die Bestimmung legt das neue Haushaltsvolumen für das Haushaltsjahr 2021 fest. Die einzelnen Änderungen, welche Auswirkungen auf das Haushaltsvolumen haben, ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Ergänzung. Insgesamt sinkt das Haushaltsvolumen gegenüber dem Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 um 66.443.000 Euro.

Zu Nummer 2

Mit dem durch Buchstabe a neu eingefügten Absatz 1 wird das für Finanzen zuständige Ministerium ermächtigt, neue Schulden aufzunehmen (Nettoneuverschuldung). Entsprechend der Steuerschätzung vom November 2020 beläuft sich der nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 ThürLHO maximal zulässige Betrag zum Ausgleich der Steuermindereinnahmen nach aktualisierter Schätzung auf 288.000.000 Euro.

Der nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 ThürLHO maximal zulässige Betrag zum Ausgleich der Steuermindereinnahmen darf nach dieser Bestimmung bis zu der Höhe durch Einnahmen aus Krediten ausgeglichen werden, in der die geplanten Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen nach Artikel 107 Abs. 1 und 2 Satz 1 und 2 des Grundgesetzes den Durchschnitt der entsprechenden kassenmäßigen Einnahmen der drei dem Jahr der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahre unterschreiten. Maßgeblich für die Höhe der zulässigen Kreditaufnahme aufgrund von Einnahmeausfällen sind somit die Einnahmen aus Steuern und dem Länderfinanzausgleich der Jahre 2017 bis 2019. Deren kassenmäßiger Durchschnitt beläuft sich auf 7.434.000.000 Euro. Die entsprechenden – auf Basis der Steuerschätzung vom November 2020 erwarteten – Einnahmen des Jahres 2021 werden 7.146.000.000 Euro betragen. Die somit resultierende maximal zulässige Nettokreditaufnahme aufgrund von Einnahmeausfällen beläuft sich auf 288.000.000 Euro.

Bei den weiteren Änderungen nach den Buchstaben b bis f handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Nummer 3

Zu Buchstabe a

Die bisher vorgesehene Formulierung des § 7 Abs. 4 für eine eventuelle Aufgabenübernahme von der GFAW-Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH wird dahin gehend angepasst, dass Deckung gewährleistet sein muss.

Zu Buchstabe b

Es wird Vorsorge für eine eventuelle Aufgabenübernahme von der Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH getroffen. Die Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH nimmt Aufgaben im öffentlichen Auftrag in den Bereichen Bildung, ökologischer Landbau, Tierzucht und Versuchswesen wahr. Der Klimawandel sowie die Umsetzung der umwelt- und tierwohlbezogenen Handlungsnotwendigkeiten in der Landwirtschaft erfordern eine funktionsfähige Forschungs- und Entwicklungsbasis für die Erzeugung und den Transfer praxisbezogener Lösungen, welche durch Übertragung der Aufgaben der Thüringer Lehr-, Prüf- und Versuchsgut GmbH Buttstedt auf das Land erfolgen könnte. Zur Ermöglichung einer solchen organisatorischen Maßnahme ist im Vollzug des Haushalts eine Ermächtigung zur Ergänzung der Stellenpläne und Stellenübersichten sowie zur Ausbringung von entsprechenden Ausgabeermächtigungen notwendig.

Zu Buchstabe c

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeanpassung.

Zu Nummer 4

Die Bestimmung regelt die Fortgeltung der Regelung für den Fall, dass der Haushaltsplan des dem Thüringer Haushaltsgesetz 2021 folgenden Haushaltsjahres nicht vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz festgestellt werden kann. Aufgrund der Änderung nach Nummer 2 ist hier eine redaktionelle Folgeänderung hinsichtlich der Verweisung erforderlich.

Zu Nummer 5

Mit der Anlage wird der Haushaltsplan 2021 an das neu geregelte Haushaltsvolumen angepasst.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

THÜR. LANDTAG POST
20.10.2020 11:55

25080120.0 Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Beratungen zum Landeshaushalt 2021 und weiterer Gesetze - Drucksachen 7/1498/1499/1500/1501/1502 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt
	Organisationsform <i>e. V.</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach) Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Anhebung der Finanzangleichsmasse erforderlich, Weiterentwicklung des KFA wird angenommen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Erfurt, 19.10.2020</i>	



THÜR. LANDTAG POST
01.10.2020 14:20
23330/2020

GEMEINDE- UND STÄDTEBUND THÜRINGEN

GStB Thüringen e. V., Richard-Breslau-Straße 14, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
- Haushalts- und Finanzausschuss -
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/580

zu Drs.

zu Drs. 7/1498/1499/
7/1500/1501/1502

Landesgeschäftsstelle
Richard-Breslau-Straße 14, 99094 Erfurt

Telefon:

E-Mail:

Internet: www.gstb-thueringen.de

Unser Zeichen:
(bitte unbedingt angeben)

Bearbeiter:

Tag: 1. Oktober 2020

Vorab per E-Mail:

Beratungen zum Landeshaushalt 2021 und weiterer Gesetze

Den Mitgliedern des
HuFA

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit Schreiben vom 4. September 2020 hat uns die Verwaltung des Thüringer Landtages über Ihren Beschluss informiert, zu den oben genannten Gesetzen ein schriftliches Anhörungsverfahren durchzuführen; dieser Bitte kommen wir selbstverständlich gern wie folgt nach:

Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen verpflichtet das Land, den Kommunen sowohl eine von der Finanzkraft des Landes unabhängige Mindestausstattung (Kernbereich) als auch eine darüber hinausgehende von der Leistungsfähigkeit des Landes abhängige angemessene Finanzausstattung (Randbereich) zu gewährleisten (Urteile des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 21.06.2005 – Az. VerfGH 28/03 – Rdnr. 142 f. und vom 02.11.2011 – Az. VerfGH 13/10 – Rdnr. 82).

Trotz zahlreicher schlüssiger und unseres Erachtens überzeugender Argumente, die von kommunaler Seite in den letzten Jahren immer wieder vorgetragen worden sind, konnte sowohl hinsichtlich der Ermittlung und Bemessung einer finanziellen Mindestausstattung als auch hinsichtlich einer angemessenen Finanzausstattung zwischen den Auffassungen des Landes und der Kommunen keine Annäherung erzielt werden; zu weit gehen die Vorstellung hier auseinander. Dies trifft in besonderer Weise auch wieder für die nun vorgenommene Festsetzung der Finanzausgleichsmasse zu.

Geprägt ist die aktuelle Finanzsituation der Thüringer Gemeinden und Städte insbesondere durch die Folgen der Corona-Pandemie. Allein die Steuerausfälle betragen nach der aktuellen Steuerschätzung September 2020 schon 209 Mio. Euro. Hinzu kommen vielfältige Mindereinnahmen, z. B. im Bereich Benutzungs- bzw. Sondernutzungsgebühren oder auch Einnahmen aus Plakat- und Werbeflächen. Ein Überblick über die angefallenen Mehrkosten, z. B. bei Personalkosten, kann wohl erst im nächsten Jahr vorgelegt werden.

Der Freistaat Thüringen hat dankenswerter Weise bereits eine Soforthilfe des Landes für die Kommunen in Höhe von 185 Mio. Euro ausgezahlt und im Rahmen der Plenarberatung fraktionsübergreifend angekündigt, dass es sich hierbei nur um einen ersten Schritt handelt, dem weitere folgen werden. Dieses Erfordernis teilen wir insbesondere für das Jahr 2021 ausdrücklich.

Wenn auch zunächst der – richtige – Eindruck entsteht und haften bleibt, dass durch die Ausweisung der Finanzausgleichsmasse 2021 in gleicher Höhe wie im Jahr 2020 eine gleichbleibende Finanzausstattung gewährleistet wird, sehen sich die Kommunen dennoch einer deutlich schlechteren Finanzsituation gegenüber. Die Thüringer Kommunen werden durch die Corona-Pandemie zusätzlich in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Viele Gemeinden und Städte werden aktuell mit dem Problem konfrontiert, ihren Haushalt im nächsten Jahr nicht ausgleichen zu können. Ursächlich hierfür sind im konsumtiven Bereich im Wesentlichen die deutlichen Einbrüche bei den Steuereinnahmen der Kommunen, aber auch die nicht hinreichend berücksichtigten Kostensteigerungen, z. B. im Bereich der Personal- und Sachkosten, der Migrationsthematik oder auch der Kindergärten.

Stellt man beispielsweise auf die Ende 2019 vorgenommenen Planungen für 2021 ab, ergibt sich im Vergleich zu den aktuell prognostizierten Steuereinnahmen nach der September-Steuerschätzung eine Steuer-Mindereinnahme von 127 Mio. sowie eine Reduzierung der Finanzausgleichsmasse um 24 Mio. Euro. Insgesamt belaufen sich somit allein im Einnahmebereich die Haushaltsverschlechterungen auf 151 Mio. Euro, die die Kommunen aus eigener Kraft nicht ausgleichen können. Wir appellieren daher an das Land, hierfür den angekündigten zweiten Schritt zu gehen und auch für das Jahr 2021 ein Hilfspaket für die Kommunen aufzulegen.

Dies alles führt dazu, dass die Kommunen ihre Verwaltungshaushalte nicht ausgleichen können, schlimmer noch, dass sie ihrer Aufgabe als Konjunkturmotor für die heimische Wirtschaft im nächsten Jahr nicht nachkommen können. Wir sind der Auffassung, dass es oberste Priorität haben muss, im kommenden Jahr die lokale Wirtschaft wieder hochzufahren. Wir halten es für unabdingbar, dass hier die Gemeinden und Städte wieder von entscheidender Bedeutung für die Wiederbelebung der Wirtschaft sind. Bei der jetzt vorgesehenen Finanzausstattung können allerdings die Kommunen diese Aufgabe nicht erfüllen, da sie keine Investitionen leisten können, von denen Unternehmen und Handwerk vor Ort profitieren.

Ursachen für die seit Jahren von uns immer wieder bemängelte strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen sind in erster Linie systematische Mängel bei der Ermittlung der Finanzausstattung. Zur dringend erforderlichen Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen haben wir ein umfassendes Zehn-Punkte-Papier vorgelegt, das nach unserer Vorstellung im Rahmen einer gutachterlichen Bewertung analysiert werden sollte. Um Wiederholungen zu vermeiden verweisen wir an dieser Stelle auf das Ihnen vorliegende Zehn-Punkte-Papier unseres Verbandes.

Ungeachtet dessen erlauben wir uns dennoch an dieser Stelle, auf einige Punkte einzugehen, die aktuell von unseren Mitgliedskommunen vorgetragen wurden und fast wörtlich wiedergegeben werden. So wie an der einen oder anderen Stelle bereits in unserem Forderungskatalog enthalten, werden die Probleme aus praktischer Sicht nochmals beschrieben bzw. beleuchtet und könnten vielfach auch ohne eine gutachterliche Bewertung bereits im Entwurf des vorliegenden Finanzausgleichsgesetzes Berücksichtigung finden:

1. Anwendung der Benchmark-Methode zur Ermittlung der finanziellen Mindestausstattung

Die Ermittlung der finanziellen Mindestausstattung erfolgt wie in den Vorjahren mittels einer Benchmark-Methode. Bekanntlich wird dabei der Mindestbetrag aus dem Durchschnitt der drei Teilnehmer je Bedarfsträger/Indikator mit dem niedrigsten Zuschussbedarf gebildet, wobei alle Teilnehmer, die über dem Mindestbetrag liegen, auf diesen abgesenkt werden und alle Teilnehmer, die unter dem Benchmark-Wert liegen, mit ihrem tatsächlichen Wert in die Berechnung eingehen. Grundlage für die Ermittlung sind also allein statistische Werte, die über die tatsächlichen Verhältnisse keinerlei Auskunft geben, mithin also teilweise ein Zerrbild der tatsächlichen Lage darstellen. Ein Benchmarking ist dann sinnvoll, wenn die Teilnehmer des Prozesses die gleichen Ausgangsbedingungen haben, sodass eine einheitliche Basis für die Betrachtung der Ergebnisse des Benchmarkings besteht. Das ist im Vergleich der unterschiedlich strukturierten Kommunen in Thüringen nicht möglich und wird auch nie annähernd möglich sein.

Der Gesetzgeber unterstellt weiterhin, dass die Kommunen mit den niedrigsten Zuschussbedarfen ihre Aufgaben vollumfänglich, effizient und sparsam ausführen. Überprüft ist diese Unterstellung nicht und dürfte in der Realität auch nicht haltbar sein. Regionale Umstände, die gegebenenfalls einen geringeren Zuschussbedarf erst ermöglichen, bleiben genauso unberücksichtigt wie zum Beispiel die Frage, ob die Aufgabe überhaupt angemessen ausgeführt wird oder aufgrund der jahrzehntelang nicht auskömmlichen Finanzausstattung bereits auf ein Erfüllungsniveau gesenkt wurde, das überhaupt nicht mit anderen Kommunen vergleichbar ist.

Ziel muss es sein, zum einen ein nicht nur statistisches, sondern auch inhaltliches Benchmarking zu erreichen sowie zum anderen eine Bereinigung der Benchmarking-Ergebnisse um die jeweils höchsten und niedrigsten Werte sowie die Nutzung der dann verbleibenden durchschnittlichen Zuschussbedarfe als Grundlage der Ermittlung der finanziellen Mindestausstattung realitätsnah zu gestalten.

2. Ermittlung der angemessenen Finanzausstattung

Nach wie vor basiert die Ermittlung der angemessenen Finanzausstattung auf Grundlage der Datenlage der Kassenstatistik. Hier ist es dringend geboten, von einer Ist-Bemessung auf eine Bedarfsbemessung umzustellen. Wir hoffen, dass hier das Gutachten einen umsetzbaren Vorschlag liefert.

3. Aufgabenbereich freiwillige Leistungen

Gemäß dem Finanzausstattungsgebot nach Art. 93 Abs. 1 S. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen ist bei einer angemessenen Finanzausstattung auch ein Teil für freiwillige Aufgaben zu berücksichtigen. Der bis jetzt angesetzte Anteil von 3 % der maßgeblichen Mindestausstattung wird den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht und ist eindeutig als zu gering anzusehen. Insbesondere spielt hier die Tatsache eine Rolle, dass es sich nach dem Wortlaut des Gesetzes zwar um freiwillige Aufgaben handelt, es sich in der Praxis und nach den Ansprüchen der Bürger/Innen aber um sogenannte Quasi-Pflichtaufgaben handelt, die von den Gemeinden in jedem Fall zu erfüllen sind, freiwillige Aufgabe nach dem Gesetz hin oder her. Eine Anhebung des prozentualen Anteils für freiwillige Leistungen ist daher sowohl im Bereich der finanziellen Mindestausstattung als auch der angemessenen Finanzausstattung erforderlich.

4. Aufgabenbereich Gemeinkosten

Zu kritisieren ist der gewichtete Fortschreibungssatz der Personalkosten für die Folgejahre mit 2 %, der die tatsächliche Entwicklung aus 2018 (2,91 %) und 2019 (2,81 %) nicht zutreffend abbildet.

5. Jahresstatistik 2015 sowie Berücksichtigung einer Preiskomponente

Es wird Bezug genommen auf die Nettoeinnahmen und Nettoaufgaben entsprechend der Jahresrechnung 2015, die mit aktualisierten Parametern hinsichtlich Bedarfsträger und preislicher Komponente auf das Jahr 2021 fortgeschrieben werden sollen.

Bei der Preiskomponente werden die Ausgaben des Jahres 2015 auf das zu erwartende Preisniveau 2021 fortgeschrieben. Hierbei wird der Durchschnitt der Jahreststeuerung der Jahre 2015 bis 2019 verwandt. Es wird ein Wert von 1,22 % ermittelt. Nicht genügend berücksichtigt wird dabei, dass die Verbraucherpreise in den vergangenen drei Jahren wesentlich stärker gestiegen sind als in den Jahren 2015 und 2016. Nimmt man den Durchschnitt der letzten drei Jahre ergibt sich bereits ein Wert von 1,56 %, der der Realität, welcher auch die Kommunen im Hinblick auf die Preisentwicklung ausgesetzt sind, näher kommt.

Grundsätzlich ist fraglich, ob die Jahresrechnungsstatistik die Grundlage für die tatsächliche Bedarfsermittlung bilden sollte (siehe auch bereits Ziffer 2). In den Kommunen herrscht ein nicht zu übersehender Instandhaltungsstau, der mangels Haushaltsmitteln nicht oder zumindest nicht in ausreichendem Maße abgebaut werden konnte und kann. So finden sich auch in den Jahresrechnungen nur geringe – und keinesfalls die notwendigen – Ausgaben wieder, auf die bei der Ermittlung Bezug genommen wird.

Ebenso verhält es sich bei den übrigen Ausgabearten, z. B. bei den Personalausgaben. Mangels Haushaltsmitteln aber auch aufgrund der Mitarbeiterfluktuation und dem mittlerweile auch in der Verwaltung zu spürenden Fachkräftemangel können Stellen zum

Teil nicht finanziert, zum anderen Teil auch schlicht nicht besetzt werden. Zudem bestehen oftmals Teilzeitvereinbarungen ohne Ausgleich der im Stellplan vorhandenen Stellenanteile. Die Personalausgaben würden sich anders darstellen und wohl wesentlich höher sein, wenn die Personalausstattung im notwendigen Maße dargestellt werden könnte.

6. Entwicklung der Ausgaben für soziale Leistungen seit 2008

Es wird dargelegt, dass nach 2016 ein Rückgang der Ausgaben für soziale Leistungen festzustellen sei und diese sich dann stabilisieren würden. Nicht oder zu wenig wird dabei berücksichtigt, dass sich die Ausgaben für soziale Leistungen ab dem Jahr 2016 auf einem wesentlich höheren Niveau bewegen als bis einschließlich dem Jahr 2015. Die bereits mehrfach erhobene Forderung der Kommunen, das Land möge sich am jährlichen Aufwuchs mit 50 % beteiligen, wird erneuert.

7. Investitionsbedarf

Auch im Investiven Bereich ist zu kritisieren, dass der Bedarf anhand der Ist-Ausgaben der Gemeinden anhand der Jahresrechnung ermittelt wird. Diese beinhalten jedoch im Regelfall lediglich die konsolidierten Gemeindeausgaben, die für die Aufgabenerfüllung zwingend notwendig sind. Unter Punkt I.2 des Berichtes über die Kleine Revision gem. § 3 Abs. 6 ThürFAG wird zwar festgestellt, dass die kommunalen Ausgaben für Sachinvestitionen nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2009 wieder angestiegen sind, jedoch wird dies hauptsächlich auf die Investitionsprogramme von Bund und Land zurückgeführt.

Die in diesen Investitionsprogrammen aufzubringenden kommunalen Eigenanteile steigen jedoch aufgrund der überproportional stark ansteigenden Preise im Baugewerbe und einer häufig auf die ursprüngliche Bewilligung begrenzten Zuwendungssumme nicht unerheblich an, was einen weiteren Investitionsstau, insbesondere in den Bereichen Schulen, Straßen/Brücken, Kindertagesstätten sowie an kommunalen Verwaltungsgebäuden hervorruft. Dringende Maßnahmen, für die keine entsprechenden Förderprogramme in Anspruch genommen werden können oder welche im Verwaltungshaushalt abzubilden sind, müssen nach wie vor zurückgestellt werden.

Die Aufarbeitung und Berücksichtigung des immer noch in erheblichem Umfang vorhandenen Instandhaltungs- und Investitionsstaus in den Gemeinden in nahezu allen Bereichen sollte ausdrücklich zukünftig für die finanzielle Mindestausstattung eine der wichtigsten Grundlagen werden.

Die zusätzlich in den Jahren 2020 bis 2024 mit der Änderung des ThürKomHG und dem Erlass des Thüringer Gesetzes für eine kommunale Investitionsoffensive 2021 bis 2024 zusätzlich ausgereichten Mittel werden hierfür deutlich nicht ausreichen.

8. Berücksichtigung der Kosten im Zusammenhang mit der Betreuung von Flüchtlingen (Migration)

Die hierzu getroffenen Ausführungen im Prüfbericht des TMIK über die Kleine Revision gem. § 3 Abs. 6 ThürFAG werden nicht geteilt. Der vormalige Zuschlag wurde herausgenommen mit der Begründung, die Migranten seien in der Einwohnerstatistik enthalten. Auch wenn diese Aussage rechnerisch durchaus nachvollziehbar ist – den faktischen Gegebenheiten wird dies nicht gerecht. So wird beispielsweise übersehen, dass die Migration nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine finanzielle Herausforderung ist. Als wichtiges Beispiel sei auf die frühkindliche Betreuung in den Kindergärten verwiesen. Der Migrationsanteil in manchen Kindergärten von ursprünglich 10 bis 15 % ist auf weit über 50 % angestiegen mit weiterer Steigerungstendenz.

Mit dem gesetzlich normierten Personalschlüssel ist das bisher hohe Qualitätsniveau der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung nicht mehr leistbar. Der Abbau der sprachlichen und kulturellen Barrieren und der damit einhergehende erhöhte Förderbedarf, die Integration in die Gesellschaft, vor allem aber die zwingende Notwendigkeit, den Kindern aus Migrationsfamilien einen gleichwertig guten Start in das Schulleben zu ermöglichen, fordert, aber überfordert auch das Personal. Es wird mehr Personal, aber vor allem qualifiziertes Personal benötigt. Die Thematik zieht sich durch die gesamte Schullaufbahn. Die passenden finanziellen Grundlagen wurden hierfür nicht geschaffen.

9. Finanzbedarfe der Landkreise

Auf den ersten Blick scheint das aktuelle Finanzausgleichssystem ein hohes Maß an Verteilungsgerechtigkeit zu haben. Bei näherer Betrachtung bestehen allerdings große Bedenken hinsichtlich der stetig steigenden Kreisumlageverpflichtungen. Eine spürbare Entlastung der vom Bund propagierten Sofortentlastung für die Eingliederungshilfe besteht scheinbar nicht. Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, dass hier Gelder des Bundes im Landeshaushalt aufgehen, nicht aber an den eigentlichen Empfänger – nämlich die Kommunen – weitergereicht werden. Die zur Verfügung gestellten Mittel kommen bei den Leistungsträgern nicht an, sondern werden vielmehr bei den Landeszusweisungen gegengerechnet. Es bleibt auch zu konstatieren, dass sich der Mehrbedarf für die Umsetzung des Bundestellhabegesetzes, der nach Feststellung des Thüringischen Landkreistages bei den Landkreisen mit rund 19 Mio. Euro zu veranschlagen ist, im Prüfbericht nicht niederschlägt. Damit geht dieser Finanzausgleich zu Lasten der Gemeinden und Städte über höhere Kreisumlagen.

Durch die in den letzten Jahren stetig steigenden Kreisumlagezahlungen – in einigen Landkreisen eine Verdopplung innerhalb der letzten 15 Jahre – wird die gemeindliche Aufgabenerfüllung übermäßig stark eingeschränkt.

10. Bemessung des Mehrbelastungsausgleichs

Zahlreiche Aufgaben des Landes werden von den Kommunen wahrgenommen. Für diese Auftragsangelegenheiten erhalten die Kommunen einen sog. Mehrbelastungsausgleich. Nach jetziger Rechtslage wird bei nicht ausreichender Höhe eine Nachbesserung nur für die Zukunft vorgenommen. Wir halten es für sachgerecht und fordern dies hiermit ein, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, wonach bei einer Nachbesserungspflicht in diesen Fällen der Mehrbelastungsausgleich nicht nur für die Zukunft, sondern rückwirkend zur Aufgabenübertragung bzw. zur Standarderhöhung angehoben wird.

Bereits diese wenigen Hinweise zeigen, dass es dringend erforderlich ist, die Finanzausgleichsmasse insbesondere aber die Schlüsselmasse anzuheben, um den Kommunen auch im kommenden Jahr den Ausgleich ihres Haushalts zu ermöglichen. Mit Blick auf die gerade für 2021 erwartete desolante Haushaltslage der Kommunen erachten wir es als Mindestforderung für gerechtfertigt, hierzu wenigstens die Mittel des Stabilisierungsfonds komplett in den Haushalt 2021 zu überführen und damit die Schlüsselmasse um ca. 46 Mio. Euro zu erhöhen. Dieser Betrag steht im Stabilisierungsfonds nach Entnahme der bereits vorgesehenen ca. 17 Mio. Euro noch zur Verfügung.

Zudem weisen wir an dieser Stelle noch auf einen Punkt hin, der bereits mehrfach Gegenstand von Gesprächen war, nämlich die Überprüfung des Sonderlastenausgleichs für Aufgaben der Schülerbeförderung. Gemäß § 18 ThürFAG werden den Landkreisen und kreisfreien Städten pauschale Zuweisungen zu den Kosten der notwendigen Schülerbeförderung gewährt. Dabei werden Mittel zu 2/5 nach der Zahl der Schüler, zu 3/5 nach der Fläche der Landkreise bewilligt. Ein Flächenansatz zu Gunsten der kreisfreien Städte besteht, warum auch immer, nicht. Ein solcher sollte mit der vorliegenden Änderung ab dem Jahre 2021 Berücksichtigung finden.

Der Vollständigkeit halber erneuern wir abschließend unsere Forderung aus den vergangenen Jahren, die Sonderlastenausgleiche für die Beseitigung besonderer Umweltbelastungen, für Belastungen der Kurorte sowie den Kulturlastenausgleich aus dem kommunalen Finanzausgleich herauszunehmen. So sehr wir die finanzielle Unterstützung der davon betroffenen Kommunen befürworten, so sehr halten wir sie für eine zweckwidrige Zahlung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs ist die Angleichung der Einnahmeausstattung der Kommunen, um so landesweit annähernd gleiche Lebensverhältnisse im Ganzen zu erzielen. Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs ist es aber nicht, besondere Belastungen einiger weniger Kommunen auszugleichen; hierfür ist ausschließlich das Land selbst zuständig.

Letztlich regen wir mit allem Nachdruck an, die Regelungen des § 29 ThürFAG (Finanzausgleichsumlage) zumindest für die Jahre 2020 und 2021 außer Kraft zu setzen. Gerade steuerstarke Gemeinden sind besonders von Einnahmeausfällen aufgrund der Corona-Pandemie betroffen und dadurch finanziell nicht in der Lage diesen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Keinen Haushaltsausgleich zu erreichen und gleichzeitig Finanzausgleichsumlage zu zahlen steht unseres Erachtens zudem in einem systematischen Widerspruch, ganz

abgesehen davon, dass die ansonsten so hoch gehandelte Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungsentscheidungen nach bisherigem Recht nicht erreichbar ist.

Für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken wir uns abschließend und werden selbstverständlich gern von den weiteren Anhörungsmöglichkeiten im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens Gebrauch machen.

Mit freundlichen Grüßen

- Anlage -



Zehn-Punkte-Katalog des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs

1. Neuermittlung des kommunalen Finanzbedarfs

Gemäß Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Landesverfassung (ThürVerf) sorgt das Land dafür, dass die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof folgert hieraus, dass die Finanzausstattung insgesamt so bemessen sein muss, dass diese die Personal- und Sachausgaben für die Pflichtaufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis bestreiten können und ihnen darüber hinaus ein gewisser Spielraum für Maßnahmen im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten verbleibt (ThürVerfGH 28/03). Der Verfassungsgerichtshof hat weiterhin festgestellt, dass der damalige Gesetzgeber vor der Festlegung der Finanzausstattung der Kommunen deren Finanzbedarf nicht hinreichend ermittelt und mangels Kenntnis vom tatsächlichen Finanzbedarf diesen auch nicht angemessen berücksichtigen konnte. Artikel 93 Abs. 1 ThürVerf fordere aber eine Berücksichtigung des tatsächlichen Bedarfs der Kommunen. Seit der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs im Jahre 2013 wird dieser „Bedarf“ auf Grundlage der aktuellsten Jahresrechnungsstatistik ermittelt. Zugrunde gelegt wird der tatsächliche ungedeckte Zuschussbedarf auf Basis dieser Statistik. Die letzte Revision erfolgte im Jahre 2017 auf Basis der Jahresrechnungsstatistik 2015. Diese Ergebnisse wurden fortgeschrieben auf das Preis- und Fallzahlenniveau 2017. Eine Revision erfolgt gemäß § 3 Abs. 5 ThürFAG alle vier Jahre, sodass die nächste Revision im Jahr 2021 zu erfolgen hat.

Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen hat immer wieder kritisiert, dass hier keine Bedarfsermittlung vorgenommen wird, sondern dass als Grundlage die tatsächlichen Ist-Ausgaben verwendet werden. Es handelt sich, selbst unter Berücksichtigung der vorgenommenen Fortschreibung, um eine immer rückwärts orientierte Betrachtung, die bis zu vier Jahren betragen kann. Grundlage muss u. E. aber nicht eine Ist-Betrachtung sein, sondern auf die Zukunft orientierte Finanzbedarfsermittlung der Kommunen.

Dass eine solche Bedarfsermittlung möglich ist, zeigte bereits der 2020 gutachterlich untersetzte Vorschlag in Form des sog. „Standardkostenmodells“ von Frau Prof. Dr. Färber von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Mögliche Varianten müssten recherchiert werden. Wir halten jedenfalls eine Ermittlung des tatsächlichen, jeweils aktuellen finanziellen Bedarfs der Kommunen für dringend erforderlich.

2. Berücksichtigung der tatsächlichen Ausgabenentwicklung

Die seit der Revision im Jahre 2013 vorgenommene Ermittlung einer sog. regelgebundenen Finanzausgleichsmasse und der daran anknüpfende Thüringer Partnerschaftsgrundsatz ist nach Auffassung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen zu einnahmeseitig. Es wird ausschließlich auf die Einnahmeentwicklung des Landes und der Kommunen geschaut, ohne dass die Ausgabenentwicklung beispielsweise durch die Übertragung neuer Ausgaben im eigenen Wirkungskreis oder durch eine vorgenommene Standarderhöhung berücksichtigt wird. Hier muss u. E. eine neue Stellschraube eingebaut werden, mit der auf Veränderungen hinsichtlich des Aufgabenbestandes und der Qualitätsverbesserung durch höhere Standards reagiert wird. Zu denken wäre hier beispielsweise an ein ähnliches System wie beim Mehrbelastungsausgleich.

3. Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips für den eigenen Wirkungskreis

Während nach Kenntnis des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen in allen anderen Bundesländern das strikte Konnexitätsprinzip bereits im eigenen Wirkungskreis gilt, wurde in Thüringen als einzigem Bundesland das relative Konnexitätsprinzip beibehalten. Zur Umsetzung von Ziffer 2. halten wir daher die Einführung und verfassungsmäßige Verankerung des strikten Konnexitätsprinzips für den eigenen Wirkungskreis der Kommunen für dringend geboten.

4. Umfassende Weiterleitung aller Bundesmittel ohne Anrechnung auf die eigenen Einnahmen der Kommunen

Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat in der vorerwähnten Entscheidung bekanntermaßen festgestellt, dass die Kommunen vor allem den bei der Verwirklichung ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechts entstehenden Finanzbedarf zunächst aus eigenen Kräften decken müssen. Erst wenn dies nach Erschöpfung der gesetzlichen und organisatorischen Möglichkeiten nicht mehr möglich ist, muss das Land im Rahmen des KFA eintreten. Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen bezieht diese Aussagen ausschließlich auf eigene Einnahmen der Kommunen, wie eigene Steuereinnahmen, Beitrags- und Gebühreneinnahmen etc. pp. Nicht hierzu zählen u. E. Leistungen des Bundes, die von dort gewährt werden, um die Kommunen finanziell zu entlasten. Wissend, dass es in den letzten Jahren auch Gegenbeispiele gab, war seit der Novellierung des KFA im Jahre 2013 grundsätzlich die Systematik vorgesehen, dass Bundesleistungen bei einer Revision in vollem als eigene Einnahmen der Kommunen berücksichtigt wurden. Dadurch hat sich allerdings nicht die Finanzsituation der Kommunen, sondern die des Landes verbessert. Selbst wenn man über die Auslegung der vorerwähnten Formulierung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs unterschiedlicher Auffassung sein kann, so bietet es u. E. das Gebot der Fairness, dass die Leistungen, die der Bund zur Entlastung der Kommunen gewährt, auch zu 100 % dort ankommen und nicht den Haushalt des Landes verbessern. Eine entsprechende Regelung halten wir kurzfristig für möglich und erforderlich.

5. Wegfall von Zweckzuweisungen

Der Thüringer Verfassungsgerichtshof weist in seiner Entscheidung aus dem Jahre 2005 darauf hin, dass der Haushaltgesetzgeber bei der Normierung zweckgebundener Zuweisungen Zurückhaltung üben muss, weil diese zwar grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig sind, wegen ihrer potentiell selbstverwaltungsfeindlichen Tendenz aber in einem angemessenen Verhältnis zu den nicht zweckgebundenen Zuweisungen stehen müssen. Wir stellen hingegen fest, dass in den letzten Jahren eine Überfrachtung des Kommunalen Finanzausgleichs mit Zweckzuweisungen vorgenommen wurde. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an den Sonderlastenausgleich für die Beseitigung besonderer Umweltbelastungen, für Belastungen der Kurorte oder aber auch den Kulturlastenausgleich. Diese finanziellen Leistungen, so berechtigt sie auch sein mögen, gehören systematisch nicht in den Kommunalen Finanzausgleich. Aufgabe des Kommunalen Finanzausgleichs ist es, allen Kommunen eine gewisse finanzielle Grundausstattung zu garantieren, einen Beitrag zur Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zu leisten und diese durch einen Steuerkraftausgleich zu erzielen. Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen schlägt vor, dass diese Leistungen aus Mitteln des Landes außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs gewährt werden; dies gilt umso mehr, als die durch die Einführung dieser Sonderlastenausgleiche eingetretenen Ungerechtigkeiten immer größer werden. Zu Recht fordern Mitgliedskommunen ebenfalls einen Sonderlastenausgleich, beispielsweise diejenigen, die Sonderlasten als Bundeswehrstandort oder als Universitätsstadt geltend machen.

6. Neuregelung der finanziellen Beteiligung des Landes an den sozialen Leistungen

Die größten Ausgabepositionen der kreisfreien Städte und der Landkreise sind die sozialen Leistungen. Diese sind in den letzten Jahren beispielsweise durch zusätzliche Leistungen, höhere Standards etc. deutlich angestiegen. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren ist zu bezweifeln, ob der Bereich der sozialen Leistungen tatsächlich eine kommunale Angelegenheit im eigenen Wirkungskreis ist oder ob es nicht zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geworden ist, die die Kommunen nicht mehr schultern können. (Bund?) Wir reden im Jahr 2018 immerhin für Thüringen über 1,37 Mrd. Euro. Während die kreisfreien Städte den nicht gedeckten Teil der sozialen Leistungen über eigene Steuereinnahmen finanzieren müssen, müssen die Landkreise ihre Eigenmittel über die Kreisumlage von den kreisangehörigen Kommunen finanzieren. Viele Kommunen waren aufgrund der steigenden Kreisumlage bei gleichzeitiger Kürzung der Schlüsselzuweisungen in den letzten Jahren nicht mehr in der Lage, ihre Umlagebelastungen zu begleichen bzw. außer den Umlagen zusätzliche Aufgaben im eigenen Wirkungskreis zu erfüllen. Ein wesentlicher Streitpunkt ist immer die 2013 vorgenommene Überführung von SGB II und SGB XII in die Schlüsselmasse. Hier halten wir eine gutachterliche Untersuchung hinsichtlich anderer Finanzierungsmöglichkeiten für dringend geboten, wobei auch auf die Frage, inwieweit sich das Land am jährlichen Kostenanstieg mit einem Prozentsatz beteiligt, eingegangen werden sollte. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Schlüsselzuweisungen nach der Steuerkraft verteilt werden, nicht jedoch nach den tatsächlichen Aufwendungen der Sozialhilfeträger. Dieser gesamte Kontext bedarf einer gutachterlichen Untersuchung mit anschließenden, alternativen Lösungsvorschlägen.

7. Beteiligung des Landes an den Kosten der Kindergärten

Was für den Bereich der Kreisaufgaben die Sozialleistungen sind, sind für den Bereich der gemeindlichen Aufgaben die Kosten der Kindergärten (Kindertagesstätten). Auch hier sind in den letzten Jahren zahlreiche Veränderungen durchgeführt worden, die zu finanziellen Belastungen der Kommunen geführt haben. In vielen Kommunen sind die Kindergärten noch die einzige gemeindliche Einrichtung, die sich eine Kommune leisten kann. Auch hier sollte eine gutachterliche Untersuchung hinsichtlich der Finanzierungsströme in Auftrag gegeben und Lösungsansätze dargestellt werden, wie die Finanzierung transparenter und aus Sicht der Kommunen vor allem verbessert werden kann.

8. Überprüfung der Hauptansatzstaffel

Die letzte Anpassung der Hauptansatzstaffel in zwei Schritten wurde ab dem Jahr 2018 vorgenommen. Die Veränderungen wurden vom Gutachter, dem Steinbeis Forschungszentrum Greifswald, als für sachgerecht und begründet erachtet und haben zu einer Verschiebung zu Lasten des ländlichen Raumes geführt. Zwar wurden die Verluste durch die Anpassung der Hauptansatzstaffel aus Mitteln des Stabilisierungsfonds bisher kompensiert, doch hat sich an der Kritik der kleineren Kommunen im ländlichen Raum nichts geändert. Wir geben zu bedenken, ob nicht die Hauptansatzstaffel auf die bis 2017 geltenden Werte zurückgefahren werden sollte und der ermittelte Mehrbedarf der größeren Kommunen durch einen Zentralitätsansatz bzw. durch eine personenbezogene Pauschale für zentrale Orte ausgeglichen werden könnte, so wie es sie bis Mitte der 90er Jahre schon einmal gegeben hat. Damit würde erreicht, dass der wissenschaftlich ermittelte Mehrbedarf für die größeren Gemeinden nicht zu Lasten des ländlichen Raumes ausgereicht würde, sondern mit zusätzlichen Mitteln des Landes. Bei dieser Gelegenheit könnte auch der in § 22c ThürFAG vorgesehene Sonderlastenausgleich für Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Einwohnerdichte ggf. um ein Jahr vorgezogen werden.

9. Ermittlung des Mehrbelastungsausgleichs

Als Ausgleich für ihre Mehrbelastungen, die ihnen durch die Wahrnehmung übertragener staatlicher Aufgaben nach Art. 93 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Art. 91 Abs. 3 ThürVerf entstehen, erhalten die Kommunen pauschale steuerkraft- oder umlagekraftunabhängige allgemeine Finanzausweisungen. Die jeweils ungedeckten Zuschussbedarfe für den Verwaltungshaushalt werden auf Basis der Jahresrechnungsstatistik für alle Kommunen innerhalb eines Verwaltungseinheitstyps ermittelt. Auch hier wird wieder nicht auf den Bedarf, sondern auf die Ist-Kosten abgestellt, dabei aber noch nicht einmal auf die tatsächlichen Kosten, sondern auf einen korridorbereinigten Durchschnittsbetrag. Je Verwaltungseinheitstyp wird auf ein Korridor von 50 % bis 110 % gebildet, auf den die Spitzenwerte abgesenkt oder angehoben werden. Kommunen, die innerhalb des Korridors liegen, werden mit ihrem tatsächlichen Wert berücksichtigt.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass bei der Ermittlung der Durchschnittswerte Optimierungsbedarf besteht. Aufgrund der verhältnismäßig strikten Vorgaben, wie die Kommunen die ihnen übertragenen Aufgaben auszuführen haben, kann es u. E. nicht zu den teilweise sehr erheblichen Abweichungen hinsichtlich des Kostenaufwands für eine einzelne Aufgabe kommen. Ein Grund könnte beispielsweise die unterschiedliche Verbuchung bei einzelnen Haushaltsstellen sein. Über eine andere Art der Nachweisführung, einer konkreteren Vorgabe hinsichtlich der zu verwendenden Haushaltsstellen, vor allem aber auch der Wegfall des jetzt angewendeten Korridors sollten hier in eine nähere Überprüfung einbezogen werden.

10. Überprüfung des Sonderlastenausgleichs für Aufgaben der Schülerbeförderung

Gemäß § 18 ThürFAG werden den Landkreisen und kreisfreien Städten pauschale Zuweisungen zu den Kosten der notwendigen Schülerbeförderung gewährt. Dabei werden Mittel zu 2/5 nach der Zahl der Schüler, zu 3/5 nach der Fläche der Landkreise bewilligt. Ein Flächenansatz zu Gunsten der kreisfreien Städte besteht, warum auch immer, nicht. Ein solcher sollte mit einer Änderung des ThürFAG ab dem Jahr 2021 Berücksichtigung finden.

THÜR. LANDTAG POST
20.10.2020 11:55

25080120.0 Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Beratungen zum Landeshaushalt 2021 und weiterer Gesetze - Drucksachen 7/1498/1499/1500/1501/1502 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt
	Organisationsform <i>e. V.</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach) Gemeinde- und Städtebund Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Anhebung der Finanzsanktionsmasse erforderlich, Weiterentwicklung des KFA wird angenommen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 19.10.2020	



THÜR. LANDTAG POST
11.11.2020 14:37

27403/20

GEMEINDE- UND STÄDTEBUND THÜRINGEN

GStB Thüringen e. V., Richard-Breslau-Straße 14, 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Haushalts- und Finanzausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle
Richard-Breslau-Straße 14, 99094 Erfurt
Telefon: (0361) 220 50-0, Telefax: 220 50 50
E-Mail: info@gstb-th.de
Internet: www.gstb-thueringen.de

Unser Zeichen:
(bitte unbedingt angeben)

Vorab per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Tag: 9. November 2020

Ergänzendes mündliches Anhörungsverfahren im Rahmen der Beratungen zum Landeshaushalt 2021 und weiterer Gesetze
Drs. 7/1498/1501 NF-A 6.1/ap

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit Schreiben vom 19. Oktober 2020 hat uns die Verwaltung des Thüringer Landtages in Vorbereitung der ergänzenden mündlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss am Montag, dem 16. November 2020 die von den Koalitionsfraktionen, der Fraktion der AfD, der Fraktion der CDU sowie der Fraktion der FDP eingereichten Änderungsanträge und Fragestellungen kommunalrelevanter Art zum Landeshaushaltsplan 2021 und zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes mit der Bitte übersandt, zu diesen Änderungsanträgen und Fragestellungen in der o. g. Anhörung Stellung zu nehmen; hierfür bedanken wir uns. Ihrer Bitte, die Stellungnahme vorab sowohl dem Haushalts- und Finanzausschuss sowie dem Thüringischen Landkreistag zu übermitteln, sind wir gerne nachgekommen.

Wir beschränken uns dabei im Wesentlichen auf die Beantwortung der kommunalrelevanten Fragen, die mit Schreiben vom 16. Oktober 2020 von den Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die ebenfalls mit Schreiben vom 16. Oktober 2020 von der Fraktion der FDP gestellt worden sind. Dies vorangestellt möchten wir uns wie folgt äußern:

a) Fragen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu I.:

Die Aufstockung der Mittel für die Jugendkunst- und Musikschulen auf das bisherige Niveau wird befürwortet. Wir teilen die Auffassung, dass nur bei einer gleichbleibend hohen Finanzierung ein verlässliches Angebot vorgehalten werden kann.

Zu II. a:

Die Einrichtung eines neuen Titels zur Förderung der politischen Erwachsenenbildung in Höhe von 1 Mio. Euro ist wünschenswert und sollte im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes weiter verfolgt werden.

Zu II. b:

Nach unserer Kenntnis handelt es sich bei der Fachberatungsstelle UMA um ein Projekt des Flüchtlingsrates Thüringen e. V., das bis zum 14. Oktober 2020 befristet war. Ziel der Fachberatungsstelle war es, in Kooperation mit dem TMBJS interessierten Fachkräften der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe sowie unbegleiteten minderjährigen Ausländer*innen (UMA) und jungen volljährigen Geflüchteten Beratung, Information, Qualifizierung und fachlichen Austausch anzubieten. Ob und wie das Beratungsangebot von den verschiedenen Zielgruppen angenommen wurde, ist uns nicht bekannt.

Zu II. c:

Der Bedarf hinsichtlich der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) wird unsererseits als hoch eingeschätzt. Die PIA sollte über den derzeitigen Projektstatus hinaus verstetigt und vom Umfang her – zunächst Verdoppelung der momentanen jährlichen Kapazitäten für einen Ausbildungsjahrgang auf 120 Plätze – ausgeweitet werden. Nur eine Ausweitung der Kapazitäten ermöglicht es tatsächlich (theoretisch erlaubt es die Fachschulordnung schon jetzt), dass auch andere Fachschulen (insbesondere im Bereich Nordthüringen, wo es bislang keinen fachtheoretischen Ausbildungsstandort gibt), die PIA anbieten können. Die Ausbildungsvergütung sollte auch weiterhin vom Land finanziert werden.

Momentan absolvieren vor allem Quereinsteiger eine Ausbildung im Rahmen der PIA. Für diese ist die Möglichkeit einer Ausbildung mit Ausbildungsvergütung regelmäßig essenziell. Regelschüler können derzeit nur dann die PIA absolvieren, wenn sie zuvor eine zweijährige Ausbildung zum Sozialassistenten o. ä. abgeschlossen haben. Zumindest zeitlich gesehen bietet dies keinen Vorteil, denn die Gesamtausbildungszeit bleibt in Summe bei fünf Jahren.

Aus unserer Sicht sollten Regelschüler nach wie vor eine Hauptzielgruppe für den Beruf der Erzieherin/des Erziehers sein. Angesichts des Fachkräftemangels in vielen Branchen und Berufszweigen ist jedoch festzustellen, dass die sich über fünf Jahre erstreckende konsekutive Ausbildung zunehmend an Attraktivität verliert. Hinzu kommt, dass beispielsweise im Bereich der Pflege seit vergangenem Jahr eine Ausbildungsvergütung gezahlt wird. Wir halten es daher für wichtig, auch die Ausbildungszeit der konsekutiven Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin zu straffen.

Zu III.:

Seit der Änderung des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (ThürBKG) vom 10. Juni 2014 beschafft das Land für den Katastrophenschutz im Rahmen eines fortzuschreibenden Ausstattungsprogramms gem. § 44 Abs. 4 S. 2 ThürBKG die erforderlichen

Fahrzeuge und sonstige Ausrüstung und stellt sie den kommunalen Aufgabenträgern zur Verfügung. Aufgrund der Zuordnung des Katastrophenschutzes zum übertragenen Wirkungskreis besteht hier ein umfassendes Zweckmäßigkeitsermessen des Landes als Rechts- und Fachaufsichtsbehörde bei der Prioritätensetzung hinsichtlich der zu beschaffenden Fahrzeuge. Die angemessene Einbringung der Belange der kommunalen Aufgabenträger wird hierbei durch regelmäßige Konsultationen im Thüringer Landesverwaltungsamt gewahrt. Insbesondere die Arbeitsgemeinschaft der Berufsfeuerwehren erhält hier regelmäßig Gelegenheit zur Rückäußerung, inwieweit geplante bzw. veranlasste Beschaffungsvorgänge dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden bzw. inwieweit die Planungen hier ggf. anzupassen sind. Dieses System funktioniert nach Wahrnehmung des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen derzeit gut.

Zu IV. a:

Die Sozialberatungsrichtlinie hat sich aus unserer Sicht bewährt. Wir begrüßen deren Fortführung. Es hat sich in den Kommunen ein gutes Beratungssystem entwickelt, das auf dem bestehenden Niveau gehalten werden sollte. Aufgrund der vorgesehenen Kürzung der Haushaltsmittel werden die Beratungsleistungen nicht mehr auf dem bestehenden Niveau weitergeführt werden können. Vor dem Hintergrund der bisher erfolgreichen Arbeit können wir dies nicht nachvollziehen. Die Beibehaltung der bisherigen Förderhöhe ist dringend erforderlich.

Zu IV. b:

Wir unterstützen aus den oben genannten Gründen auch beim Titel 684 72 die angestrebte Beibehaltung der bisherigen Förderhöhe für Maßnahmen der Integrationsförderung.

Zu V. a:

Wir stufen den Bedarf der Unterstützung der investiven Förderung für Tierheime weiterhin für unverändert hoch ein. Daher unterstützen wir die Beibehaltung des Investitionszuschusses in Höhe von einer Mio. Euro.

Zu V. b:

Die Förderung an die Landkreise und kreisfreien Städte zur Finanzierung von Beratungsangeboten und Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ beträgt nach dem Landeshaushalt 2020 im Ansatz bereits 15.398.000 Euro. Die Ansatzerhöhung auf mindestens 14.400.000 Euro ist aus unserer Sicht nicht ausreichend. Selbst mit einem gleichbleibenden Haushaltsansatz aus dem Jahr 2020 kann aufgrund der Tarifsteigerungen nicht erreicht werden, dass die derzeitigen Finanzierungsquoten für die Maßnahmen von mindestens 30 % kommunalen Mitteln und bis zu 70 % Landesmitteln auch weiterhin gewährleistet werden.

Zu V. c:

Die Ansatzserhöhung zur Finanzierung des Programms „AGATHE“ ist wünschenswert und sollte im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes weiter verfolgt werden.

Zu VI.:

Zuletzt mit Stellungnahme vom 03. Mai 2019 gegenüber dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft zum Entwurf zur Neufassung der Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau und ÖPNV-Investitionen hat der Gemeinde- und Städtebund Thüringen darauf hingewiesen, dass die Mittelausstattung zur Finanzierung aus der vormaligen Richtlinie kommunaler Straßenbau schon bisher gegenüber den Anmeldungen immer eine deutliche Unterdeckung aufwies. Es bestand daher im Zusammenhang mit der Zusammenlegung der Förderung mit Investitionen im ÖPNV sowie der Ausweitung der förderfähigen Tatbestände schon damals die Befürchtung, dass die Finanzausstattung für die genannten Maßnahmen sich weiter verschlechtern und damit auch die Realisierung der Fördertatbestände erschwert wird.

Entscheidend für die Effektivität einer Förderrichtlinie ist immer die Finanzausstattung der entsprechenden Fördertöpfe. Zum wiederholten Male weisen wir in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine angemessene Strategie zur Behebung des bestehenden Investitionsstaus im Bereich der kommunalen Verkehrsinfrastruktur nur gelingen kann, wenn alle Ebenen dieses Ziel durch eigene finanzielle Anstrengungen unterstützen.

Ebenso wie im Bereich des kommunalen Straßenbaus ist es daher auch für die Schaffung und den Ausbau angemessener ÖPNV-Infrastruktur dringend notwendig, dass neben der bloßen Weiterreichung von Zuweisungen der Bundesebene auch eigene, originäre Landesmittel eingesetzt werden, um die dringend notwendigen Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur vornehmen zu können. Selbst bei einer Anhebung der Gesamtmittel in der vorgesehenen Höhe kann vor diesem Hintergrund nur vermutet werden, dass die Förderrichtlinie angesichts der enormen Herausforderungen, vor denen die Kommunen im Verkehrssektor stehen, noch immer deutlich überzeichnet sein wird. Weitere Anstrengungen sind und bleiben hier dringend notwendig!

Zu VIII.:

Eine durch das Land unterstützte oder bereitgestellte kommunale Videoplattform zur Unterstützung kommunaler Gremienarbeit wird aus kommunaler Sicht begrüßt. Dabei muss allerdings sichergestellt sein, dass die durch den Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz geäußerten datenschutzrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Durchführung digitaler Sitzungen ausgeräumt sind. Rechtssicherheit ist hier oberste Maxime, daher sollte die vorgesehene Änderung der ThürKO abgewartet werden. Davon wird auch der aus heutiger Sicht sicher steigende Bedarf für eine Videoplattform abhängig sein.

b) Fragen der Fraktion der FDP

Mit Blick auf den bestehenden Sachzusammenhang äußern wir uns zu den Fragen 1 bis 5 wie folgt:

Zentraler Inhalt dieser Fragen ist die Gewährung von Zuweisungen des Landes an die Kommunen. Diese Problematik wird seit vielen Jahren immer wieder kontrovers diskutiert, ohne dass bisher ein zufriedenstellendes Ergebnis für die Kommunen erzielt werden konnte. Aus Sicht unseres Verbandes bleibt auch unter Hinweis auf die Anmerkungen der Vergangenheit Folgendes festzuhalten:

1. Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen hat sich stets für eine bevorzugte Gewährung von Zuschüssen in pauschalierter Form ausgesprochen. Nach wie vor gilt der Grundsatz, dass die jeweilige Kommune selbst am besten weiß, wo welchem Investitionsbedarf vorrangig nachgekommen werden muss. Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen hält es daher für praxisgerecht, dass – wann immer möglich – eine Zuschussgewährung in pauschalierter Form vorzunehmen ist.
2. Wir sind uns bewusst, dass aus landesplanerischer Sicht durchaus auch einzelne Maßnahmen aufgrund der Vorgaben von Richtlinien zweckgerichtet gefördert werden müssen. Wir halten es aber durchaus für überlegenswert, abgesehen von den Fällen, in denen Vorgaben der EU oder des Bundes dies nicht zulassen, auch zweckgebundene Zuweisungen des Landes pauschal zu gewähren. Aus jetziger Sicht ist eine Schar von Verwaltungsmitarbeitern erforderlich, um entsprechend der Richtlinien in den „Genuss“ von Landesgeld zu kommen. In den Kommunen ist der Antrag auf Fördermittel vorzubereiten und zu stellen, sind die Fördermittel abzurufen, ist der Verwendungsnachweis zu erstellen und einzureichen. Im Ministerium oder den beauftragten Stellen wie beispielsweise TAB oder GfAW ist der Fördermittelantrag zu bewerten, zu prüfen, ggf. sind Fördermittel zu bewilligen oder abzulehnen, ist der Verwendungsnachweis zu prüfen und sind ggf. Fördermittel zurückzufordern. Auf beiden Ebenen ist zudem eine Prüfung durch die Rechnungsprüfung nicht ausgeschlossen. Hier sind aus unserer Sicht erhebliche Einsparpotentiale möglich, wenn eine pauschalierte Gewährung von zweckgebundenen Fördermitteln vorrangig vorgenommen würde.
3. Besonders belastend sind hierbei die hohen Zinsaufwendungen. Während im kommunalen Bereich die Zinssätze an die aktuell üblichen Zinskonditionen angepasst wurden, verlangt das Land nach wie vor 6 % p. a. von den Kommunen, soweit Fördermittel aus seiner Sicht nicht ordnungsgemäß verwendet worden sein sollen und zurückgezahlt werden müssen. Dies geschieht regelmäßig im Abstand von vielen Jahren, sodass aus kommunaler Sicht oftmals bezweifelt wird, ob die Beantragung von zweckgebundenen Fördermitteln überhaupt wirtschaftlich ist. Hier möchten wir nachdrücklich um zügigere Verwendungsnachweisprüfung bitten und vor allem darum, den rechtlich bedenklichen Zinssatz den aktuellen Zinskonditionen anzupassen.

-
4. Eine pauschale Gewährung zweckgebundener Zuweisungen würde zudem dazu führen, dass die veranschlagten Haushaltsmittel auch zu 100 % an die Kommunen abfließen würden. Zurecht weist die FDP-Fraktion darauf hin, dass viele Millionen der veranschlagten Zuweisungen nicht abgerufen werden können, weil z. B. den Kommunen die Finanzierung des Eigenanteils nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang erneuern wir zudem unseren Vorschlag, dass der nicht abgerufene Restbetrag zweckgebundener Zuweisungen am Ende des Jahres pauschal ausgereicht wird und so, wenn auch erst im nächsten Jahr, für investive Zwecke verwendet werden kann.

Abschließend erlauben wir uns mit Blick auf die gestellten Änderungsanträge den zusammenfassenden Hinweis, dass der Gemeinde- und Städtebund Thüringen selbstverständlich alle Änderungen unterstützt, die darauf abzielen, die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 1. Oktober 2020, die wir inhaltlich aufrechterhalten.

Für die Möglichkeit der Stellungnahme möchten wir uns abschließend nochmals bedanken und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/1501		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 900 413
	Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)